

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Robert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Böhme, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1111. Für Anzeigen 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsstelle 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Bei den Buchhändlern vierteljährlich 17.00 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Buchhändlern vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 30 Pf. Anzeigengebühren: die gespartene Komposition 1.00 Mk., im Restantell 3.50 Mk. Vereinsstatuten Seite 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 142.

Magdeburg, Dienstag den 21. Juni 1921.

32. Jahrgang.

Skandalhucht und Eitelkeit.

Am Freitag ging der politisch bedeutsamen Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth eine kleine Woxzene zwischen einem nationalistischen Strafeeler und einem kommunistischen Kaufbold voraus, am Sonnabend folgte ihr ein neuer Skandal, da die Kommunisten durch fortgesetztes Durcheinandergerüll jedes Verhandeln unmöglich machten, und einer von ihnen, nach dreimaligem Ordnungsruf vom Präsidenten aus der Sitzung ausgeschlossen, sich weigerte, dem Saal zu verlassen. Wieder war es Remmele, der sich mit noch billigeren Mitteln als etwa denen des „Miesbacher Anzeigers“ zum Helben des Tages aufgeschwungen hat. Wieder gab es eine aufgeschobene Sitzung und Verlust kostbarer Zeit.

Der Reichstag hat zu arbeiten. Die öffentliche Meinung soll ihm dabei helfen. Probleme, die für die Zukunft des Volkes von größter Bedeutung sind, sollen im Reichstag zur Lösung gelangen, nachdem sie dort und in der breiteren Öffentlichkeit ausgiebig erörtert worden sind. Man denke zum Beispiel an die unersetzlich verhängnisvolle Bedeutung der Beschlüsse, die der Reichstag am letzten Donnerstag über den Abbau der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides und das Umlageverfahren gefaßt hat. Man kann gar nicht mehr dazu, sich recht um diese Beschlüsse zu kümmern, warum?, weil der Remmele-Mittelmann-Skandal die Aufmerksamkeit auf sich zog. Ein

Miesbeurgergesetz von einschneidender Bedeutung

steht vor der Entscheidung, man hat aber wenig Zeit, sich darum zu kümmern, weil sich das Interesse auf den Remmele-Skandal Nummer 2 konzentriert. Im Hintergrund stehen die gewaltigen Finanz- und Wirtschaftssorgen, die im Zusammenhang mit den übernommenen Erfüllungspflichten zu lösen sind. Der Reichstag hat das Recht zu verlangen, daß er von solchen ungeheuer wichtigen Aufgaben nicht durch übeln Wirtschaftsstandal abgelenkt wird. Selbst das sachliche Interesse an der unmittelbar zur Beratung stehenden Frage politisch hochbedeutender Art, an den Vorgängen in Bayern und der Stellung des Reiches zu ihnen, wird durch diese öde Stänferlei erschlagen. Statt einer konzentrierten, geistig hochstehenden Debatte darüber, die in einem Lage zu erledigen gewesen wäre, haben wir zerfahren, zweimal

Stundenlang unterbrochene Verhandlungstage

bekommen, ohne daß alle Parteien hätten zu Worte kommen können. In den nächsten Tagen sind noch drei Interpellationen zu erledigen, das heißt Debatten zu führen, die sich ihrer Natur nach zu einem sachlichen Beschluß — es wäre denn ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung — kaum verdichten können. Soll es bei diesen Debatten ebenso zugehen? Dann hätten die Steuerzahler ein Recht zu fragen, wofür sie eigentlich die Kosten für die Erhaltung einer Volksvertretung zu zahlen haben!

Die Reformbedürftigkeit der Geschäftsordnung des Reichstags ist schon lange allgemein anerkannt worden. Leider aber ist die Geschäftsordnungskommission mit ihren Arbeiten noch nicht recht vorwärts gekommen, und wenn der Fall Remmele Anlaß gäbe, das Tempo zu beschleunigen, so könnte man das nur begrüßen. Der Reichstag muß Mittel finden, um sich selber ein sachliches Arbeiten zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur eine Erweiterung der Disziplinargewalt des Präsidenten, sondern auch ein Reglement, das die Erledigung bestimmter Materien in bestimmten Zeiträumen möglich macht.

Große Widersätzlichkeit gegen die selbst gegebene Ordnung des Hauses würde zunächst durch

Diätenentzug in angemessener Höhe

zu ändern sein. Selbst wenn man annimmt, daß den „Martyrern“ dieser neuen Strafbestimmung ihre Bußen aus irgendeiner Kasse ersetzt werden würden, bliebe die bremsende Wirkung solcher Strafbestimmungen bestehen, denn jeder Parteikassierer wird schwierig werden, wenn er für blödsinnige Zwischenrufe oder unanständiges Benehmen von Parteimitgliedern immer wieder zu zahlen hat. Wer die Arbeiten der Reichsversammlung systematisch stört, statt sie, wie es seine Pflicht ist, zu fördern, der kann nicht verlangen, aus der Reichskasse für diese Art von Mißverwaltung noch besonders entschädigt zu werden.

Sollte dieses Mittel nicht ausreichen, so dürfte man auch vor strengern, die natürlich noch allen Seiten unparteiisch anzuwenden sind, nicht zurückschrecken.

Die Beratungszeit der einzelnen Gegenstände muß einem allgemeinen Arbeitsverteilungsplan entsprechend festgesetzt und die

Rebezeit für die einzelnen Fraktionen kontingentiert

werden. Auch hier müßte dafür gesorgt werden, daß Verstöße gegen diese Ordnung der Reichskasse zugute kommen.

Natürlich kann und darf nicht die Rede davon sein, daß eine Minderheit in ihren Rechten beschränkt wird. Die Beschränkungen, die sich das Haus selber auferlegt, müssen vollkommen gleichmäßig für alle Parteien gelten. Nur soll keine von ihnen das Privilegium besitzen, die sachliche Arbeit der Reichsversammlung zu stören, ohne daß der Reichstag ein Mittel besitzt, sich gegen solche Störungen zu wehren.

Wir vergessen keinewegs, daß unter dem Kaiserreich auch Sozialdemokraten in schwerem Kampfe mit den Geschäftsordnungen des Reichstags und der Landtage geraten sind. Im Zolltariffkampf von 1902 bestritt die Sozialdemokratie dem überalterten, nach einer ungeduldeten Wahlkreisordnung zusammengeführten Reichstag das Recht, einen neuen Zolltarif zu beschließen, und forderte Neuwahlen auf Grund einer gerechten Wahlkreisordnung. In den folgenden Wahlrechtskämpfen handelte es sich um den Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht, in beiden Fällen also ging es um die Demokratie. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu Parlamenten, die wirkliche Volksvertretungen sind, eine von Grund auf veränderte sein muß. Solche wirkliche Volksvertretungen arbeitsfähig zu erhalten, ist für die Sozialdemokratie eine entscheidend wichtige Aufgabe, indem sie sich zu ihrer Lösung zur Verfügung stellt, handelt sie vollständig im Sinne ihres Programms. Sie kann nicht dulden, daß durch die Skandalhucht und die dumme Eitelkeit undisciplinierter Elemente die Rechte der Demokratie vernichtet werden, die sachliche Arbeit verhindert wird, zu der die Volksvertretung dem Volke gegenüber verpflichtet ist. —

Der Arbeiter im Aufsichtsrat.

In diesen Tagen hat im Reichswirtschaftsrat ein Kampf um das Recht der Arbeitervertreter im Aufsichtsrat der aktiengesellschaftlich organisierten Erwerbsunternehmungen stattgefunden. Die Arbeitgeber wollten die Befugnisse der Arbeitermitglieder des Aufsichtsrats auf die Wahrnehmung und Verteidigung der reinen Arbeitnehmerinteressen beschränken. Die Arbeiter dagegen wünschten für ihre Vertreter im Aufsichtsrat mit den Vertretern des Kapitals, Gleichberechtigung. Zum Schluß wurde die Frage im Sinne der Arbeitnehmer entschieden. Man könnte also von einem Sieg für die Arbeiter reden.

Wir wollen selbstverständlich den Erfolg der Aktion nicht unterschätzen, und prinzipiell hat diese Entscheidung ganz zweifellos die Bedeutung, daß hier das Recht der Arbeiter im Betrieb auf Mitbestimmung wieder erneut eine Festlegung erfahren hat. Es ist notwendig, diese Stellung des Arbeiters auf Mitbestimmung immer weiter auszubauen und Vorzüge zu schaffen, daß die Entwicklung nach rückwärts immer schwerer revidiert werden kann. Wir werden für die Zukunft Mühe genug haben, schon die Stellung der Betriebsräte zu sichern, denn das alles sind eigentlich nicht mehr allein Fragen der Gesetzgebung, sondern Fragen der Praxis. Es wird sich darum handeln, ob die Arbeiter sachlich mit den Aufgaben fertig werden, ob sie instand sind, genügend in die neuen Dinge hineinzuwachsen und durch ihr Wissen und Können sich zu behaupten verstehen. Das beste Gesetz ist unwirksam, wenn die Arbeiter versagen, und man kann gerade den Betriebsräten nur immer und immer wieder predigen, daß die Arbeiter zu einer Zeit, als das Recht der Mitbestimmung noch nicht vorhanden war, und die ersten Arbeiterausschüsse sich mühsam durchsetzen mußten, für die Arbeiter mancherlei herausgeholt wurde, wenn tüchtige Leute als Vertrauensmänner die Interessen ihrer Arbeitskollegen wahrzunehmen verstanden.

So liegt es auch hier bei der Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat. Praktisch wird damit auf absehbare Zeit noch nichts anzufangen sein, wenn auch grundsätzlich die Entscheidung im Aufsichtsrat im Sinne der Arbeitnehmer wichtig genug ist.

Wie sehen die Dinge in Wirklichkeit aus? Welchen Verkauf nehmen die Sitzungen im Aufsichtsrat, zu denen die Arbeiter als vollberechtigte Vertreter zugelassen werden könnten?

Mit Recht ist in der Tagespresse von solchen Sachleuten, die das Wirtschaftsleben wirklich kennen, darauf hingewiesen worden, daß die Aufsichtsratssitzungen nicht von entscheidender Bedeutung sind. Die Einzelheiten, die dort verhandelt werden, sind schon längst vorher von den Kapitalvertretern, die darüber etwas zu sagen haben, festgelegt. Gewiß setzt sich der Aufsichtsrat häufig zum Teil aus Leuten zusammen, die nicht auf Grund ihrer Arbeitskraft und ihres Könnens in diese Funktionen berufen werden. Das sind jene Repräsentanten, deren Namen oder deren „gute Beziehungen“ zu irgendeiner einflussreichen Macht durch hohe Lantienmen bezahlt werden. Diese Leute sind für die zu leistenden Arbeiten im Aufsichtsrat entbehrlich. Die eigentlichen Macher aber sind die Vertreter der Banken und Konzerne, die wirklichen Sachleute, die mit den Einzelheiten des Unternehmens, um das es sich in der betreffenden Aufsichtsratssitzung handelt, genau Bescheid wissen.

Diese Leute beziehen ihre Informationen nicht in der Sitzung selbst, sondern sind vorher schon laufend unterrichtet. Ihre Kenntnis erhalten sie durch die Berichte der Revisoren und Treuhänder, die Produktionsstatistik, die Betriebsstatistik, das innere Leben des Unternehmens in seinem Auf und Ab, in seinen Aufträgen und in der Auftragserteilung, in den Betriebsüberschüssen und in den Methoden der Abschreibungen, haben sie vorher durch genaue Berichte, die in ihr stilles Arbeitszimmer abgeliefert wurden, mit aller Sorgfalt studiert. Ihre Privatsekretäre und sonstigen Hilfskräfte und Vertrauensleute haben dieses Material prüfen und sichten müssen, so daß sie von dem Stande des Unternehmens bis in alle Einzelheiten unterrichtet sind.

Wenn nun Arbeitervertreter als gleichberechtigte Aufsichtsräte an solchen Verhandlungen teilnehmen, dann wird man mit ihnen Komödie spielen und die Arbeiter werden nur Statisten sein. Vielleicht werden sie manchmal sogar als Prügelknaben dienen müssen, um Dinge nach außen zu verantworten, für die eigentlich die Arbeiter keine Verantwortung tragen können. Der tüchtige Arbeitervertreter und Gewerkschaftsmann wird selbst auf lange Zeit hinaus nicht instand sein, gleich unterrichtet und gleich informiert sich mit den Vertretern des Kapitals ebenbürtig an den Verhandlungstisch zu setzen.

Dazu gehört eine ganz andre Vorbereitung zu solchen Sitzungen. Dazu gehören ganz andre Informationsquellen, und dazu gehört auch eine ganz andre sachliche Vertrautheit mit den Dingen, die heute der Gewerkschaftsmann einfach noch nicht haben kann. Das muß ausgesprochen werden, damit man von unserer Seite nicht in den Fehler der Ueberschätzung unserer Machtposition verfällt.

Auch im Wirtschaftsleben ist die Position den Gegnern gegenüber davon abhängig, welche reale Macht man hinter sich hat, und welche Kenntnisse und Fähigkeiten man besitzt, diese Macht auszunutzen. Selbst wenn wir, durch die Gesetzgebung verankert und durch die Stärke der Gewerkschaft befestigt, überall Aufsichtsratsmitglieder aus unsern Reihen mit hineinschicken könnten, ist der Wirkungsgrad dieser Machtposition im letzten Grunde nur wieder eine Bildungsfrage, ein Faktor der Menschenqualität.

Weshalb machen wir diese kritischen Einwände? Nicht um irgendwie Dinge zu verkleinern oder einer gewissen Gleichgültigkeit das Wort zu reden. Im Gegenteil. Es kommt uns darauf an, zu zeigen, wie wichtig ein richtiges Erkennen der vorhandenen Tatsachen ist. Man soll sich auch hier vor Illusionen hüten. Freilich ist es viel bequemer, die Hände in den Schoß zu legen, zu schimpfen und zu warten, bis der Segen von oben kommt. Aber die wirtschaftliche Umgestaltung muß von unten erfolgen. Wenn die Betriebsräte in solider, unablässiger Arbeit eindringen in das Getriebe der Produktion mit wahrhaft revolutionärer Energie in der Kleinarbeit des Tages zielbewußt alle Widerstände überwinden, dann wird die Sozialisierung und die Umgestaltung der Wirtschaft in Wahrheit durchgeführt.

Kein Geringerer wie Karl Rautsky hat unlängst in einem Zeitungsartikel in der Parteipresse des Westens

darauf hingewiesen, weshalb alle Hoffnungen auf Moskau vergeblich sind und die schönsten Sozialisierungspläne nur auf dem Papier stehenbleiben, wenn die Arbeiter nicht als Betriebsrat anfangen, sachlich mit ihren Aufgaben fertig zu werden und damit in Wirklichkeit praktisch die Wirtschaft dem Sozialismus näherführen.

Unter diesem Gesichtspunkt des nüchternen Wirklichkeitsfinns wollen wir auch die Stellung des Arbeiters im Ausschichtsrat betrachten. Richard Woldt.

Verhandlungen.

Um Oberschlesien wird verhandelt! In Paris handelt man um das ganze Land, in Oberschlesien selbst geht es um die Räumung von einzelnen Dörfern und Städten. Wie weit die Staatsmänner in Paris gekommen sind, wissen wir nicht, wir wissen nur, daß die Leiden der Deutschen in Oberschlesien unermindert sind, und nur zu verständlich ist es, wenn der deutsche Selbstschutz sich wehrt, wenn er immer wieder Ortschaften einem ungewissen Schicksal überlassen soll. Erfreulicherweise zeigt sich General Hofer, der Führer des Selbstschutzes, durchaus nicht so hartköpfig und so unpolitisch, wie für gewöhnlich unsere Militärs sind. Er hat erklärt, daß es ihm durchaus nicht auf eine bestimmte Linie ankomme, sondern auf bestimmte Garantien für den Schutz der Deutschen von Seiten der Interalliierten Kommission.

Von einem ausgiebigen Schutze der Deutschen kann nach den vorliegenden Nachrichten allerdings noch keine Rede sein, wenn sich auch die Lage im allgemeinen unzweifelhaft gebessert hat.

Der Kommandant der Zone Ratibor, Kofel und Krappik, Oberst Salvioni, gibt bekannt: „In allen auf dem rechten Oderufer liegenden Dörfern des Kreises Ratibor sollen Ortswehren gebildet werden, mit deren Einrichtung der Kreiskontrolleur von Ratibor, Major Jnbrea, beauftragt ist. Die Bewaffnung der Ortswehren besteht nur aus Revolvern und Pistolen. Alle sonstigen Waffen sind an die Gemeindevorsteher abzugeben, welche sie den interalliierten Besatzungstruppen in Lubom auszuliefern haben. Zur Widerhandlung werden vor das Sondergericht in Ratibor gestellt.“

In Deuthen verhängte General De Tomte Denis das Standrecht. Er droht an, daß jeder Mensch, ob Pole oder Deutscher, der mit einem Gewehr auf den Straßen von Deuthen angetroffen wird, ohne Mittel von den Garnisonstruppen niedergeschlagen wird. Die polnische Partei ist ebenfalls benachrichtigt, daß jeder Insurgent, der bewaffnet in der Stadt Deuthen angetroffen wird, Erschießung zu gewärtigen hat.

Es wird notwendig sein, nicht nur solche Drohungen auszusprechen, sondern auch zu Taten gegenüber den Polen zu schreiten, wenn sie auch wirksam sein sollen. Vom letzten Sonntag werden zwar keinerlei Kampfhandlungen gemeldet, doch klagt die Bevölkerung sehr über die wilden Morden, die das Land unsicher machen. Die Besetzung einer Anzahl weiterer Ortschaften durch Franzosen und Engländer hat dieser Landplage bis jetzt nur wenig Abbruch tun können.

Ein Schwabenstreich.

Von der Staatsanwaltschaft Rempten wurde vor Kurzem der gesamte Vorrat der Merckenschen deutsch-französischen Sprachlehre wegen angeblicher

Verächtlichmachung des Deutschtums beschlagnahmt. Der Staatsanwalt sah die Verächtlichmachung darin, daß in der betreffenden Methode französische Artikel zu Lehrzwecken benutzt wurden, die angeblich im deutschfeindlichen Sinne gehalten waren. Es wurde das gesamte Sachmaterial beschlagnahmt und auf die Polizei geschafft; auch die Teile, die der Staatsanwalt als einwandfrei begutachtet hatte. Der durch diese Beschlagnahme verursachte Schaden beläuft sich auf 100 000 Mark. Weiter wurden, um den Betrieb restlos zu ruinieren, sämtliche Bücher beschlagnahmt. Auch die, die als völlig einwandfrei erkannt waren. Durch dieses Vorgehen wurde außerdem eine englische Ausgabe, die in Kürze erscheinen sollte, unmöglich gemacht.

Der Staatsanwalt scheint einer von jenen famosen Kafentanzern zu sein, die zu Beginn des Krieges zur Freude aller Gymnasiasten verlangten, daß in den Schulen weder Englisch noch Französisch gelehrt werde. Konsequenterweise müßte der Staatsanwalt das Erlernen fremder Sprachen überhaupt verbieten, um Deutschland vor dem verderblichen Lesen ausländischer Zeitungen zu bewahren.

Der Staatsanwalt in Rempten ist ein tüchtiger Mann, der wird es in der deutschen Republik sicher noch weiter bringen und zu noch größerem Ruhme gelangen als seine sieben schwäbischen Landsleute, deren Laten Landauf, Landab besungen werden.

Deutscher Reichstag.

117. Sitzung.

Berlin, 18. Juni, 1 Uhr.

Der Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland wird dem auswärtigen Ausschuss überwiesen, ebenso ein Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Anleihevertrag.

Fortsetzung der Bayerndebatte.

Hg. Gruber (Soz.): Ein Blick in die deutschnationalen Presse von heute zeigt uns, daß sie mit dem Sanherdenken des „Wiesbacher Anzeigers“ durchaus konform geht. Bayern ist für uns ein Feind geworden, eine Katastrophendrohung für ganz Deutschland. Die Beurteilung des Verbrechens durch den Reichstagskanzler unterschreiben wir ebenso wie seine Kennzeichnung der bayerischen Pressehebe. Diese Presse ist ja zum größten Teil abhängig von einem Kapitalistenkonglomerat, dessen Vertreter auf der rechten Seite dieses Hauses sitzt. Durch diese Journalisten-Presse ist die öffentliche Meinung korruptiert.

Der Tusnahmezustand, der viel zur Erbitterung beigetragen hat, muß so bald wie möglich abgebaut werden. Selbst in Preußen löst seine Befestigung auf Widerstand, vor allem im Ministerium des Innern. Der Reichstagskanzler war im Hinblick auf die Waffenablieferung sehr optimistisch. Wir stehen den Mitteilungen der bayerischen Regierung misstrauischer gegenüber. Die Zahl der vorhandenen und der abgelieferten Waffen muß festgehalten werden, im bayerischen Landtag ließ es ja, daß die Einwohnerzahl 320 000 Gewehre hätte. Nun sind allerdings 112 000 Gewehre nach Krieglach verschoben worden. Die bayerische Regierung, die mit der Entwaffnung steht und fällt, will natürlich von der Entwaffnung nichts wissen und hofft immer noch darum herumzukommen. Sicherlich hat gesagt er werde sich niemals dazu hergeben, in der Entwaffnungsfrage etwas zu tun. Die Einwohnerzahl sind mit Mülle bewogen worden, wenigstens scheinbar nachzugeben und die Waffen freiwillig abzugeben. Noch immer aber werden Fabrikweihen und Feststellungen abgehalten, bei denen Schellen mit der geschwundenen Dorfbewohner eines französischen und englischen Soldaten verwendet werden. In Ostpreußen wie in Bayern werden abgelieferte Waffen wieder zurückgegeben. Man macht anscheinend mobil. (Hört, hört! links.)

Dr. Heim spricht in seinen Besprechungen auch immer von „Reinverfassung“ und weiß unermüdlich darauf hin, daß diese Reichsverfassung, an der Bayern gesandt geht,

beseitigt werden müsse. Auch an der Reichsverfassung Dr. Heim mit seiner Tonart nicht ungeschicklich. Er ist gewiß kein praktischer Antifemist und sieht im Ausschichtsrat gemächlich mit sich fahrenden Reichsanwälten und Geschäftsmännern zusammen, aber das bayerische Volk hat nicht dies seine Unterwerfungsvorwürfe zwischen Theorie und Praxis und ist geneigt, aus den Worten seiner Führer praktische Konsequenzen zu ziehen. Weil aus dieser Geistesverfassung heraus die Morde und Vergrößerungen gekommen sind, kann man auch jetzt von einem politischen Morde sprechen. Der Reichstagskanzler hat Zurückhaltung empfohlen, weil man nicht in ein schwebendes Verfahren ein greifen dürfe. Die bayerische Regierung läßt ja über diese Zurückhaltung selbst nicht; in ihrer amtlichen Mitteilung weist sie doch mit allen zehn Fingern auf den Begleiter Garais' als den einzigen Zeugen und den einzigen Verdächtigen hin. Ein Interesse an der Verunklung des Landbestandes hat doch nur die bayerische Regierung! (Sehr wahr! links.) Sie ist ein Produkt des Kapp-Putschs. Herr v. Kahr hat damals als Regierungspräsident hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten mit den Reichstagsmitgliedern konspiziert. Die bayerische Volkspartei, deren Mitglied Herr v. Kahr ist, trägt die volle Verantwortung für diese Geschäfte, sie erkennt jetzt, daß sie die Geister nicht mehr los wird, die sie damals rief. Aber sie hat Angst vor dem Reichstagsputz und weiß keinen Ausweg. Sie möchte die Regierung Kahr erhalten, aber deren Schicksal hängt jetzt nur noch von der Gnade der Sicherheit und Kahr ab.

Es darf niemand glauben, daß die Höhe der Belohnung dazu beitragen wird, den Mörder Garais' ausfindig zu machen. Die bayerische Regierung hat schon des öftern Uebeläter nicht erwünscht, die sie hätte erwischen können. Auch die Täter des Ueberralls auf Genossen Magnus Hirschfeld hat man, trotzdem die Polizei wußte, daß in einem deutschbaltischen Kreisgebiet etwa 70 Parteien zu dem Vortag verteilt worden waren, von deren Empfängern man sogar Namen kannte, einfach nicht ermitteln können. Von dem Manne, der den Ueberrall auf den Genossen Sänger ausführte, hat man sogar den Stuhl, aber die Polizei weiß nichts mit ihm anzufangen. Auch im Falle Garais' liegen detarierte Indizien vor, daß von einem politischen Morde gesprochen werden kann. Genosse Garais war ein Vorkämpfer für die Republik, deshalb ist mit diesem Schutze auch die deutsche Republik getroffen worden. Die Herren von der Rechten haben an dem Beispiel Bayerns zeigen wollen, daß es auch ohne Sozialdemokraten in der Regierung geht, die Tatsachen beweisen, daß es eben nicht geht. Wenn die Bayerische Volkspartei ihre Konsequenzen ziehen wollte oder noch ziehen könnte, dann wären Kahr und Kahr längst beseitigt. Wenn Sozialdemokraten und Bauernbündler dem Zuge ihres Herzens folgen würden, dann wäre es vorbei mit der Herrschaft dieser Größen. Eine Veränderung der bayerischen Verhältnisse ist dringend notwendig. Die Bedingungen des Ultimatums können nur erfüllt werden, wenn auch in Bayern auf den wichtigsten und notwendigsten Stand, den Arbeiterstand, Rücksicht genommen wird. Eine Änderung der Dinge wird in Bayern erst dann eintreten, wenn es sich von der deutschnationalen Clique losgesagt haben wird.

Hg. Schwarzer (Bayr. Vp.): Die Verhältnisse, die hier so kritisch als eine Spezialität Bayerns angeführt wurden, bestehen in gleichem Maße im ganzen Reich. Es hat den Anschein, als ob das Reichstreiben von links, das auch von der demokratischen Presse unterstützt wird, nur den Zweck hätte, den Fremdenverkehr nach Bayern zu unterbinden. (Großes Gelächter links.) Sie (nach links) schädigen dadurch vor allem die Arbeiter in der Fremdenindustrie. (Erneutes Gelächter links.) Wir legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß eine völlig ungeklärte Morbtat zu einem Haberdreihen gegen Bayern benutzt wird. Ueber die Morbtat haben wir uns auf Grund unserer Weltanschauung mehr erregt, als Sie von der Linken. (Lachen links.) Die Darlegungen der sozialistischen Redner waren nur Kombinationen, die keine Richter als Beweis anerkennen kann. Die Feststellung, daß verschiedene andere Morbtaten noch nicht geklärt sind, fällt der sozialistischen Regierung Hoffnung zur Last. In Berlin kommen Hunderte von Verbrechen vor, die ungeklärt bleiben. (Zurück links: Aber hier liegt kein System darin!) Sie können nicht nachweisen, daß die bayerische Regierung oder Polizei die Verfolgung nicht rechtzeitig und nicht nachdrücklich ausgenommen hat. Die Tätigkeit des Polizeipräsidenten Böhner ist Sache des Bayerischen Landtags. Wenn von den Bormordern gegen Böhner auch nur ein Bruchteil zutrifft, wird er nicht Polizeipräsident bleiben, und meine Freunde im Landtag werden wissen, was sie zu tun haben. (Zurück links: Ausnahmezustand!) Wir sind keine Freunde des Ausnahmezustandes. (Sie nach links) haben es in der Hand, ihn zu beseitigen. Wenn Sie aber nach Bayern fahren und dort so ver-

Kleines Feuilleton.

Stadttheater.

Zur Erinnerung an ihre Erbauung vor 100 Jahren wurde am Sonnabend den 18. Juni Webers romantische Oper Der Freischütz gegeben. Es ist viel über dies Jubiläum dieser Oper geschrieben. In der Hauptstadt wurden Kuriositäten von der Erbauung in Berlin erzählt; auch von den Pariser Aufführungen, den Aufführungen in Dresden, Wien und anderen großen Städten. Wenn schon detarierte Schilderungen literarische Bedeutung haben, so lassen sie doch ein in großer Deutlichkeit erkennen, daß Weber gegen allerhand Widerwärtigkeiten zu kämpfen hatte, die ihm unglückliche Claqueurs, verbotene Künstler oder ein böses, verheißenes Publikum bereiteten. Aber der „Freischütz“ zeigte sich durch, allen Umständen zum Trotz, und „ob die Wolke sie verhallte“, sie „wachsen ihr den Jungfernhaut hier im irdischen Kammerl“. Die Oper war demnach zum Gelingen der geistlichen Welt geworden, daß man in französischen Kirchen inoffiziell der Oper, selbstverständlich mit religiösem Zerte, beim Gottesdienst sang. Von Louis des Jahres hundert ist das Interesse auf ein weltliches Maß zurückgegangen. Nichtsdestoweniger hat sich die Oper bis auf den heutigen Tag auf der Bühne gehalten. Sie wird als bedeutendste der deutschen Oper bezeichnet, mit Berechtigung, denn ihre Kunst trägt sie ins Absolute unerschütterlich den Stempel deutscher Kunst. Am Stadttheater ist sie, sowohl die Erinnerung der Kritik zurückgekehrt, mit der gebührenden Achtung behandelt, besonders in jüngeren Jahren, wo die Mäcker, Mäcker, Mäcker und Singspieler noch zu den ersten Glanzzeiten einer Künstler geblieben. Bei der allmählichen Umwandlung des Gesellschafes und der langjährigen Bekämpfung der älteren Oper durch Neuzugewandene kam der Freischütz immer mehr zum Vorschein. Wie die Erinnerung an die Oper geblieben ist, habe er es aber noch nicht verstanden, sondern handelte sein gewöhnliches Geschäft genau nach Familien- und Regimentsart. Hans Döring dirigierte, Theo Haben leitete die Opern ein. In den großen Rollen waren beinahe fünfzig Jahre als Max, Hans Springer als Kasper, Max von Herzenberg als Agathe und Hans Wege als Hans. Die Kritik hat die Schwestern Max Schuster schon oft gewarnt und ermahnt. Sie ist es auch diesmal und nicht ohne Grund. Wenn man zu einem Willi Herzig als Hans, Hans Capell als Hans, Hans Richter als Hans, Hans Richter als Hans und Hans Richter als Hans. Sie geben ihre Partie die Bekämpfung, die ihr zuteil wird und beständig damit das menschliche Gemüte, das in der Schöpfung liegt. — Kompositionen und Regierungen folgen der unermüdlichen Arbeit der weltlichen Handlung. — Das Publikum nahm das alte Regiment überhand mit einem gewissen Wohlwollen, aber die diese Komposition heute nun einmal nicht bestehen kann. Der Freischütz hat sich, und zwar auch nur die ersten Darsteller ausgedient, dann müssen Kompositionen, so darf wohl mit der unermüdlichen Umwandlung eines Regiments Kompositionen gemacht werden.

Viktoria-Theater.

Geisrich hat wandelt in seinem Volkstheater Der Schlagsbaum in den Jahren Freitag. Nur mit dem Unterschied, daß Freitag die „Journale“ aus seiner Umwelt kühl, während der rückschauend eine vergangene Zeit vor unsere Augen erheben lassen will. Der Schlagsbaum spielt in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Damals als Preußen unter dem vorübergehenden und meinelidigen Hohenzollern Friedrich Wilhelm II. seine besten Söhne hinter Juchendmännern und in Festungslinien verloren ließ, weil sie zu verlangen wagten, was dieser Obermann auf dem Thron 1813 in der höchsten Not versprochen hatte: eine Verfassung für Preußen und damit Mitbestimmung des Volkes bei der Gestaltung seines Schicksals. Dieses heutzutage Thema klingt im Grunde nur ganz, ganz leise an; es handelt nicht von den politischen Idealen des Bürgerrechts von damals, sondern von seinen Gezeiten. Hatte man schon die Unmöglichkeit der politischen Landkarte nicht vereinigen können, so wollte man wenigstens, daß die kommenden Schlagsäume für den Wirtschaftsverkehr verwinden sollten. Man behiente sich dazu des „Zollvereins“, der wesentliche Erleichterungen brachte. Diese Vereinbarungen zwischen den damaligen deutschen Reichsteilen Preußen, Bayern, Sachsen, Preußen mußten auf große Schwierigkeiten bei den Interessenten der einzelnen Industriellen, die aus dem freien Grenzverkehr Nachteile für sich befürchteten.

Und aus diesen Unstimmigkeiten zwischen den mancherlei Gruppen löst die Handlung des Schlagsbaums herab. Sie ist ganz einfach: Der in Berlin wohnende bayerische Kaufmann der Provinz Ruppert (für den Zollverein) läßt die Tochter des Garnfabrikanten Linder (gegen den Zollverein). Wegen der Unmöglichkeit einer Vereinigung gegen den Zollverein kommt es zum Zusammenbruch, dessen Opfer natürlich das Paar ist. Zum Schluß ein wenig natürlich Aufhebung und Hochzeit. Die Stärke des Stückes liegt in der Charakterzeichnung. Dem Verfasser ist es gelungen, eine Anzahl geistiger Typen auf die Bretter zu stellen, bei deren Schilderung Angelt, Glasbräuer und andre zeitgenössische Autoren Parte genommen haben. Aber auch an dringlich gezeichneten Gegenwärtigen ist es nicht. Der bayerische Kaufmann aus Bayern und die polnische Garnfabrikanten Tochter sind hier genannt, halbtagegen ist der Handlungsgehilfe Renke ganz farblose Diabellfigur. Das rührende Teil ist durch einen Aufwärtler, einen Edelmann, einen Fabrikanten und einen Garnfabrikanten. Die Darstellungen prägnanter „Gnade“ ist fast so als in Wirklichkeit und Literatur wie der brave Bürger, der in seiner eigenen Courage Angst bekommt, wenn er einmal auch eben ein opponiert hat.

Die Aufführung selbst, unter Michael Sichons Leitung, war des höchsten Lobes würdig und verdient den reichsten gegebenen Beifall. Bei der großen Reihe der Mitwirkenden ist es unmöglich, jede einzelne Leistung nach Verdienst zu würdigen. Wir beschränken uns auf die Namen, Regie und Darsteller in einer Anzahl gut besetzter Rollen zu nennen, die gewiß nicht aus-

Amundsen auf offener See aufgefunden. Nach einer in Neapel aus San Francisco eingegangenen Drahtmeldung ist der norwegische Polarforscher Roald Amundsen auf offener See von einem Schiff aufgefunden worden. Amundsens Pläne gingen dahin, sich mit seinem Schiffe, ähnlich wie Frithjof Nansen das vor nunmehr 25 Jahren getan hat, der Eisdrift im arktischen Meer anzubereiten, um mit dieser dem Nordpol entgegenzutreiben. Nachdem der Polarforscher im Sommer 1918 von Seattle am Stillen Ozean aufgebracht war, um durch die Beringstraße das Nordische Eismeer zu erreichen, erreichte ihn im Sommer 1919 in der Nähe der Neufundländer Inseln das Mißgeschick, von Badeses festgehalten zu werden, so daß sein Schiff bei der Apollon-Insel an der nordwestlichen Küste überwintern mußte. Von hier kehrte Amundsen im Sommer 1920 nach Nome in Alaska zurück, um seine Expedition neu auszurüsten und Anfang August vorigen Jahres von neuem nach dem Eismeer Kurs zu nehmen. Schon am 21. September 1920 war in Seattle eine Meldung eingelaufen, der zufolge sein Schiff vom Eis eingeschlossen und so schwer bedroht sei, daß er es wahrscheinlich werde verlassen müssen. Es scheint nun in der Tat, daß Amundsen sein Schiff oder zumindest seine Ausrüstung eingebüßt hat und seine Expedition, die auf sieben Jahre berechnet war, wieder hat aufgeben müssen.

Gewerkschaftstheater in Hamburg. Im Hamburger Gewerkschaftstheater brachten die ausständigen Schauspieler des Altonaer Stadttheaters, unter der Regie Dr. Arnold Czempins, das revolutionäre Schauspiel „Freiheit“ von Herbert Kranz, das im Dezember 1919 das Proletarische Theater in der Philharmonie erstmalig herausbrachte, zur Aufführung für Hamburg. Nach einer Ansprache Czempins ging das Stück vor überfülltem Saale in Szene. Der Beifall war stürmisch. Die streitenden Altonaer Schauspieler begannen mit diesem Abend ihre Sommerpielzeit. Es erhält sich das Gerücht von der Gründung eines ständigen Gewerkschaftstheaters unter Maria Worchardis und Dr. Czempins Führung.

Das Nonnen malen. Das Britische Museum in London hat augenblicklich ein sehr interessantes Mal angekauft, das ihm belgische Nonnen gestiftet haben. Die Nonnen des Konvents von Naredret betrieben schon vor dem Kriege die Kunst der Illumination. Nach der deutschen Besetzung haben sie dann die berühmte Beignachtschicht des Kardinals Mercier von 1914 illustriert, und eine Fama in Turnhout hat das Werk vervielfältigt; das Britische Museum hatte aus seiner reichen Sammlung von illuminierten Büchern den Schweigern von Naredret einige als Vorlagen gekauft und zum Dank dafür haben die Nonnen nun ihre Illustration der Mercier-Botschaft zurückgegeben. Die Bilder sind in dem naiven Legendentil des frühen 14. Jahrhunderts gehalten, die Themen aber sind durchaus modern. Man sieht dort nämlich den Erzengel Michael im Kampfe mit gefallenen Engeln, die die preußische Fiedelhaube tragen. Zwei kleine Schiffe stellen die britische Flotte dar, wie sie den Belgiern Hilfe bringt, die an der Pier gegen die Deutschen kämpfen. Eine kleine Landfigur zeigt Kanada mit seiner Lebensmittellieferung für die Belgier. Alles, wie gesagt, im naiven Stil der frommen Legende des 14. Jahrhunderts.

lebende Neben halten wie die Abgg. Thomas und Kemmelc — (Abg. Kemmelc (Komm.) ruft: Glender Verleumbert! und wiederholt diesen Ruf immer wieder, obwohl ihn Präsident Lobe dreimal hintereinander zur Ordnung ruft.)

Präsident Lobe fordert den Abg. Kemmelc dreimal vergeblich auf, die Saal zu verlassen und erklärt, als Abgeordneter Kemmelc sitzenbleibt, die Sitzung bis auf weiteres für unterbrochen.

Schluß 3 Uhr 40 Minuten. Die neue Sitzung wird nach 1 1/2stündiger Pause eröffnet.

Präsident Lobe: Ich eröffne die vertagte Sitzung wieder. Ich stelle fest, daß das aus der Sitzung ausgeschlossene Mitglied nicht antwortend ist und erteile dem Abg. Schwarzer das Wort zur Beendigung seiner Rede.

Abg. Schwarzer (W. Vp.): Die Kommunisten arbeiten bewußt an der Diskreditierung des Parlamentarismus. Thomas bestreift in seiner Münchner Rede gegen die Gesetze und der Reichstag hat sich ja mit seiner Verfassung einverstanden erklärt. (Widerspruch b. d. Komm.) In den Beamtenstellen der Ministerien sitzen auch heute noch Sozialdemokraten, die sozialistischen Arbeiter werden also in Bayern nicht grundsätzlich unterdrückt. Kollege Gruber meint, wir sollten uns frei machen von den Deutschnationalen. Sie (zu den Sozialdemokraten) hätten das ja in der Hand gehabt und auch heute noch besteht die Möglichkeit, sich mit der Bayerischen Volkspartei zu verständigen. Sie können nicht grundlos die Verfassung des Herrn v. Kahr verlangen. Die Interpellation rennt offene Türen ein. Die Reichsregierung kann doch keine Sühne schaffen, solange die bayerische Regierung den Mörder nicht feststellt hat. Die Auflösung der Einwohnerwehren ist im Gange und verfassungswidrige Zustände gibt es in Bayern überhaupt nicht. (Lachen links.) Meine Partei und die gesamte bayerische Staatsregierung werden dafür sorgen, daß die Ruhe aufrecht erhalten und das Recht gewahrt wird. (Beifall i. d. Mitte.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 3 Uhr. Kleine Vorlagen, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Lohnnachzahlung in der Kali-Industrie.

Der die gesamte Kali-Industrie umfassende Lohnsatz wurde im Oktober 1920 von den Gewerkschaften gekündigt. Zu einer neuen Lohnvereinbarung kam es nicht. Infolgedessen fällt ein vom Arbeitsministerium berufenes Schiedsgericht am 20. November den Spruch, nach dem zu den bisherigen Löhnen den Arbeitern für die Schicht generell 1 Mark, ferner 1 Mark Hausgeld und für jedes Kind 1 Mark Sonderzulage gezahlt werden muß. Die Kali-Industriellen weigerten sich, den Schiedsspruch anzuerkennen, auch dann noch, als er im Februar von Amts wegen als verbindlich erklärt wurde. Die Regierung begnügte sich mit der Verbindlichkeitserklärung und überließ es den Arbeitern, dem Schiedsspruch Anerkennung zu verschaffen. Kein Industrieller zahlte die Löhne. Die Mehrzahl entließ Tausende von Arbeitern und begann mit der Einstellung der Werke.

Am 15. Juni ist es nun endlich der zähen Arbeit namentlich der Bergarbeiterverbandes gelungen, die Werksbetreiber zur Anerkennung des Schiedsspruchs zu bewegen. Es wurde protokolllarisch festgelegt, daß die Tarifkündigung als nicht gesehen betrachtet würde. Die Ansprüche auf den Tarif bestehen demnach zu Recht, auch für die Zeit vom 1. November 1920 bis auf weiteres. Der Tarif kann mit sechswöchiger Frist gekündigt werden. Allen am 1. November 1920 in der Kali-Industrie beschäftigten Arbeitern werden von dem Tage an die in dem Schiedsspruch festgelegten Lohnzuschläge nachgezahlt. Wer inzwischen entlassen wurde oder freiwillig abging, erhält die volle Nachzahlung spätestens am 1. Juli. Die zurzeit noch Beschäftigten erhalten die Nachzahlung in vier Raten. Die zur Nachzahlung in Betracht kommende Lohnsumme wurde unternehmerseitig auf 26 Millionen Mark angegeben. Durchschnittlich beträgt die Nachzahlung für jeden Arbeiter ungefähr 610 Mark. Kinderreiche Familienväter erhalten entsprechend mehr gezahlt.

Die Kali-Bergarbeiter blieben hinter anderen Bergarbeitern erheblich im Lohnniveau zurück. Das wird nun durch die Nachzahlungen einigermaßen ausgeglichen. Diesen Erfolg haben die Kali-Bergarbeiter vornehmlich der beharrlichen Tätigkeit des Bergarbeiterverbandes zu verdanken, dem die meisten Kaliarbeiter als Mitglieder angehören.

Generallstreik in England?

Seit dem 1. April d. J. stehen die Bergarbeiter Englands im Streik und auch heute ist ein Ende dieses riesenhaften Kampfes nicht abzusehen. Im Gegenteil: der Kampf droht neue, verschärfte Formen anzunehmen. Die vorgenommene Abstimmung unter den Bergarbeitern hat gezeigt, daß der Kampfeswille durchaus nicht

gebrochen ist. Eine große Mehrheit hat für die Fortsetzung des Streikes gestimmt. Nun sind die Bergarbeiter an die anderen englischen Gewerkschaften herangetreten, um sie für eine gemeinsame Aktion zu gewinnen. Gemeinsamer Streik der mit den Bergarbeitern eng verbundenen Eisenbahner und Transportarbeiter wurde schon einmal während dieses Kampfes eifrig erörtert, schließlich aber abgelehnt. Ob jetzt eine solche gemeinsame Aktion zustande kommt, die in ihrer Wirkung einem Generallstreik gleich, erscheint immerhin recht zweifelhaft.

Die Situation in England ist mehr als kritisch, zumal der Streik der Bergarbeiter auch auf die Regierung recht unangenehm wirkt. Der Kampf der Bergarbeiter richtet sich gegen einen verbotenen Lohnabbau, den allgemein das englische Unternehmertum verfolgt, weshalb die streikenden englischen Bergarbeiter als die Vorkämpfer gegen diese Unternehmerabsichten angesehen und unterstützt werden. Daraus läßt sich die lange Dauer des Streikes erklären. Der englische Bergarbeiterstreik mag enden wie er will, seine Wirkungen — im guten und im schlechten — werden sich weit über England hinaus besonders auch in Deutschland fühlbar machen. Die deutschen Arbeiter haben darum allen Anlaß, den Streik mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

May Hölz vor Gericht.

Nach Eröffnung der Sitzung am Sonnabend, zu der sich ein besonders starker Andrang des Publikums bemerkbar macht, wird die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Nach Aufruf der Zeugen versucht der Angeklagte Hölz folgenden Witz zu machen. Er erklärt: Herr Vorsitzender! Nach den Anstrengungen der ganzen Woche stelle ich hiermit den Antrag, morgen mit meiner Frau einen Ausflug nach Brunenwald machen zu dürfen. — Vors.: Hölz, glauben Sie wirklich, daß Sie hier durch solche Dummdreier-Eindrücke machen können? — Hölz: Nach der letzten Verhandlung ist die ganze Geschichte hier nur noch eine Komödie. Ich nehme die Sache nicht ernst. — Vors.: Für uns handelt es sich sogar um eine sehr ernste Sache.

Der in Haft befindliche Zeuge Arbeiter Petrovichke klagt, daß Hölz den ermordeten Heß mit Fußstapfen und Hölz auf Heß geschossen habe. Zeuge kann jedoch nicht sagen, ob Hölz auf Heß geschossen hat. Dagegen ist ihm von anderen Mitgliedern der Bande erzählt worden, daß Hölz kommandiert habe:

„Eine Salbe druff!“

Hölz behauptet, daß der Zeuge sich in diesem Punkte irre. Der aus der Haft vorgeführte Schriftsteller Keller wurde als „Arbeitsberichterhatter der roten Armee“ angestellt. Als Zeuge in der Nähe von Gröbers von einem „Hölz-Soldaten“ hörte, daß Hölz gefangene Sipolente durch Handgranaten zerstückeln wolle, ist er zu Hölz gegangen und habe ihn darauf hingewiesen, daß er durch eine solche Tat seine Autorität bei seinen Leuten untergraben würde. Hölz führte daraufhin die beabsichtigte Tat nicht aus. Der Zeuge bekundet weiter, daß Hölz den ermordeten Heß mit den Füßen getreten habe. Wer zuerst auf Heß geschossen habe, wisse er nicht. Gleich nach der Erschießung des Heß habe Hölz zu ihm gedrückt: „Der Hund wollte kein Geld ranstrüden und ist weggerlaufen, da haben wir ihn erschossen!“ Bei einer Gelegenheit habe Hölz ihn geohrfeigt, als er einen Befehl nicht sofort ausführte.

Bei den Aussagen anderer Zeugen, die über die Ermordung des Gutsbesizers Heß wesentlich Neues nicht aussagen können, wird Hölz wieder rabiat und schneit: Das ist doch klipp und klar, wie hier die ganze Konstruktion ist. Das Ganze ist ja eine Komödie! Holen Sie doch die Sipo herbei und lassen Sie mich erschließen, wem Sie meinen Kopf haben wollen, ich gebe Ihnen nach die Weine dazu! Die ganze Sache ist eine Komödie! — Vors.: Mein, für uns ist es eine sehr ernste Sache! — Hölz: Ja, wenn die Sache nur auch so ernst wäre, wenn andere Leute angeklagt sind. Weitere Ausfälle des Angeklagten auf den Gerichtshof, die sich noch mehrmals wiederholten, wies der Vorsitzende energisch zurück.

Es folgen weitere Fälle der Anklage, in welchen dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht wird, daß er Hölz, Geld, Nachzahlungsmittel usw. „requisitiert“, Männer als Geiseln festgenommen hat usw. — Hölz gibt dies im allgemeinen zu.

Der Gutsbesitzer Wolke ist von dem Angeklagten mit seinem Wagen mitgenommen worden, um dem Hölz den Weg nach Betschdorf zu zeigen. Er ist von Hölz anständig behandelt worden. Der Zeuge Fabrikbesitzer Koch hat bei einem Zusammenstoß mit der Hölzischen Räuberbande gehört,

wie Hölz rief: Wir plündern nicht! Ich habe das Standrecht bei meinen Leuten verhängt. Wer plündert, wird erschossen. Wenn man uns aufhört, dann kann jeder plündern, soviel er will. — Der Zeuge Stabstassenrendant Richter hat an ein Mitglied der Hölzischen Bande unter Todesdrohungen 17 700 Mark zahlen müssen. — Ein Zeuge Glender bekundet u. a., daß der jetzt als Zeuge benommene Kessler ihm gedroht habe, er werde erschossen, während Hölz gedroht habe:

„Du Hund gehst barfuß ins Grab!“

Ein Zeugin richtet der Angeklagte die Frage, ob es richtig sei, daß er ein Paket mit Silberstücken, welches ein Genosse schon zusammengepackt hatte, zurückgegeben habe mit dem Worten: „Das Verbit hier!“ Zeugin bestätigt dies, ebenso die Tatsache, daß Hölz die ganze Speisekammer geplündert habe, jedoch so viel Lebensmittel dagelassen habe, wie zu ihrem Lebensunterhalt nötig waren.

Der Zeuge Gutsbesitzer Stette bekundet, daß durch das Einbringen der Hölzischen Bande ihm ein Schaden von etwa 250 000 Mark entstanden sei. U. a. sei ihm eine Perlenkette im Werte von 25 000 Mark gestohlen worden.

Hölz erklärt hierzu, daß es richtig sei, daß er während des Kampfes mit der Sipo, als seine Kerle ausriffen, Anweisung gegeben habe, auch zu weilen, die zu Gold gemacht werden konnten, „beschlagnehm“ werden sollten. Er empfinde dies nicht als Raub oder Diebstahl, sondern als „proletarisches Recht“. Auf die Befragung des Zeugen Stette, daß ihm u. a. 5 Duzend Hemden gestohlen worden seien, erklärt Hölz: „Zeigen Sie mir einen Proletarier, der 5 Duzend Hemden hat. Charakteristisch ist auch, daß wir stundenlang Lebensmittel aus der Speisekammer des Herrn Gutsbesizers weggeschleppt konnten, während arme Proletarier hungerten mußten. Eine ganze Stadt hätte davon leben können.“

Einer Zeugin ist u. a. ein Döppe weggenommen. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß es ihm eine Freude gemacht habe, der Döppe dazu zu verwenden, daß sich auch einmal hungernde Proletarier fressen konnten.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag 9 1/2 Uhr vertagt.

Notizen.

München macht Schule. In Braunschweig besteht unter zwei andern Butichorganisationen auch eine Ortsgruppe des Stahlhelms. Der Ruf der Münchner Nordbunde läßt die Stahlhelme in Braunschweig nicht mehr ruhen. Wie dem „Normwärts“ mitgeteilt wird, spricht man in den Kreisen des „Stahlhelms“ ganz offen von der Absicht, die sozialistischen Minister von Braunschweig um die Ecke zu bringen. Die Beispiele aus Bayern, aber auch aus norddeutschen Städten zeigen uns, daß solche Neuerungen durchaus ernst zu nehmen sind, und wie leicht Stahlhelme mit Wodswaffen umgehen, hat uns in Magdeburg das Theateramt bewiesen.

Drei Jahre Zuchthaus. Der Dortmunder Kommunist Adolf Meinhart ist wegen einer irgendwo gehaltenen Rede vom Ausnahmegericht zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Urteil stellt selbst unter den Urteilen der Sondergerichte, die uns an Ungehörliches gewöhnt haben, einen Gipfelpunkt dar. Meinhart ist aus dem April und Mai 1920, also aus der Zeit, da die rote Armee das Ruhrgebiet beherrschte, als ein anständiger und negativ vernünftiger Kommunist bekannt, der seine Macht als Diktator niemals in Hölzischer Art mißbraucht hat. Jedenfalls ist er durchaus Idealist, und wenn keine Rede eine Aufforderung zum Hochverrat enthielt, so gehört er auf die Festung und nicht ins Zuchthaus. Aber auch die Auslegung der Rede als Hochverrat erscheint doppelt anfechtbar, weil sie viele Wochen nach dem mitteldeutschen Aufstand gehalten ist. Wir hoffen, daß der Reichsjustizminister das Urteil, das lediglich die Richter und nicht den Verurteilten charakterisiert, schleunigst korrigiert.

Sehn Jahre Zuchthaus. Der Führer der Märzunruhen in Torgau, die kommunistischen Stadtverordneten Schneidermeister Leich und Gewerkschaftsbeamter Dittmar, wurden vom Vorgänger Sondergericht zu je zehn Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, sechs andre Angeklagte wegen der Beteiligung am Aufstand zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zusammenstöße bei Trauerfeier. In Tilsit kam es nach Protestverammlungen wegen der Ermordung des Abgeordneten W. Kreis zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei, welche Demonstrationen zu verhindern suchte. Durch Pistolenfische und zwei Handgranaten wurden fünf Personen zum Teil schwer verletzt. — In Potsdam drang die Polizei in eine Versammlung ein, um sie auseinanderzutreiben. Auf Einspruch beim Polizeipräsidenten wurde die Polizei zurückgezogen.

Wigdor Kopp wieder in Berlin. Der frühere Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Berlin, Wigdor Kopp, dessen endgültige Enthebung von seinem Posten angekündigt war, ist am Freitag wieder in Berlin eingetroffen und wird die Geschäfte der Sowjetvertretung wieder übernehmen.

Austritt der norwegischen Regierung. Die seit etwa einem Jahre am Ruder befindliche norwegische Regierung des konservativen Parteiführers Kelvorien ist zurückgetreten.

U.S.-MAIL S.S.-C.

Regelmäßige Abfahrten
BREMEN
NEWYORK
Vorzügliche Reisegelegenheit mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und sozialen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington“, „America“ u. a. ab deutschem Hafen
Auskunft und Fahrpläne durch GENERALVERTRETUNG
NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen
In Magdeburg: Norddeutscher Lloyd, Generalagentur Magdeburg, Breiteweg 166.
In Burg: Gottfried Richter, Zerbster Straße 33.
In Oschersleben: Georg Wallzela, Barbierstr. 3.
In Leopoldshall: Richard Lehmans, Mittelstr. 18.

Geschlechts-
kranke jeder Art (Harnröhren-eiden frisch u. spez. veraltet, Syphilis, Manneschwäche, Weißfluß) wenden sich sofort vertrauensvoll an
Dr. med. Damman's
Hellanstalt, Berlin S 100
Potsdamer Str. 123 B. Sprechstunde: 9-11 u. 2-4, Sonntags 10-11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiwil. Dankschreiben und Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andre Gifte, ohne Einspritz, ohne Berufs(är.) gegen 2 Mk. diskret in verschloss. Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeben.
Chaiselongue 275 Mk. an, 275 Mk. best. Mat. Schend, Sapey, Satobstr. 21.
Gegen Würmer!
Spezial- und Radenwürmer mit Name Spezialmittel für Erwachsene und Kinder. 1/67
Hof-Apothete
Breitenweg Nr. 158 am Hirschbogen.
50 Mark Belohnung
wer mir den Verbleib meines jungen gelben Schäferhundes nachweist.
Ernst Funke, M.-B., An der Elbe 8
200 Mark Belohnung
dem, der mir den Verbleib meines mir am 3. Juni gestohlenen Bootes nachweist. W. Behrendes, Hofteiner Straße 32, 1148


Urbin
der gute Schubputz
Probiert hab' ich wohl hundert Sachen, Nur mit Urbin ist was zu machen!
Schubputz „Urbin“ überall zu beziehen! Terpentintl.-Ware in Dosen mit Sandpapier.
Wichtig für jeden Volkswirtschaftler
Die deutsche Volkswirtschaft
Eine Einführung von Georg Sebnauer und Robert Schmidt
Geb. Preis 18 Mk. Parzellfunktionäre erhalten Rabatt
Buchhandl. Volkswirtschaft, Or. Münzstraße 3.


Aufklärendes Buch mit 50 Bildern über unsere hilfbringende Methode bei Rückgratverkrümmung, hoher Schulter u. Halte (keine Berufsstörung) zu beziehen gegen Einsendung von 3 Mk. von Franz Menzel, Berlin W 11, Magdeburger Straße 25. Für Buchrückgabe 2 Mk. zurück.

RINO-SALBE
bewährt bei FLECHTEN/HAUTLEIDEN/GFFENEN FOSSEN ALTEN WUNDEN/AUSSCHLAGEN/FROSTSCHWEN
Behandlung in Apotheken RICH. SCHUBERT & CO. A.M.A.M. Weimarsche Damm 11
Dankfagung.
Für die herrliche Teilnahme, Gefolge und vielen Kranzspenden beim Begräbnis unsrer lieben Mutter sagen wir allen Freunden und Bekannten recht herzlich Dank. Herrn Pastor Jod gebührt besonderer Dank für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.
Magdeburg.
Hugo Rodel und Frau
geb. Ketzfeld
„Stadt Loosung“.

Führen
aller Art erledigen sofort
Blau-Radler, Schönebergstr. 3
Telephon 3250 und 2475. 1177
Zurückgekehrt
ist 1087
S.-Rat Dr. Theuerkauf
Deutscher Transportarbeiter-Berband
Berwalt. Magdeburg
Rachruj.
Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege 101
Walter Hoppe
am 17. Juni im Alter von 19 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Seute mittag entschließ sanft nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaiserpolier
Hermann Schulze
im 66. Lebensjahre.
Er konnte den physischen Verlust seiner lieben Frau nicht überwinden. Arbeit und Schaffensfreude trüben sein Leben bis zur letzten Stunde.
Magdeburg, Steinfurter Str. 3, den 19. Juni 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 22. d. M. 2 Uhr, von der Hauptkapelle des Westfriedhofs aus statt. 1143
Dankfagung.
Allen herzlichsten Dank für die wohlthuende Teilnahme und die schönen Blumenspenden bei der Beerdigung unsrer lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des Schmieders (Hilfen) dank. Insbesondere Dank Herrn Pastor Citanus für seine trostreichen Worte.
R.-Buden, den 20. Juni 1921
Im Namen der Hinterbliebenen
Friedrich Haber
nebst Angehörigen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. Juni 1921.

Räutenreden am Grabe.

Eine wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Der unhaltbare Zustand, daß es einem Angehörigen oder einem Freunde nicht gestattet sein sollte, auf einem konfessionellen Friedhof dem Toten eine Grabrede zu halten, ist nunmehr durch eine Entscheidung des Kammergerichts beseitigt worden. Der stellvertretende Gemeindevorsteher in Falkenberg, Mag Peters, war auf Grund des Reichsvereinsgesetzes angeklagt worden, weil er am 8. Februar 1920 auf dem im Eigentum der evangelischen Kirchengemeinde stehenden Begräbnisplatz dadurch ein ungewöhnliches Leichenbegängnis veranstaltet habe, daß er als Laie bei der Beerdigung eines Dissidenten eine Grabrede gehalten habe, ohne hierzu die Genehmigung der Ortspolizeibehörde eingeholt zu haben. Während das Schöffengericht Peters verurteilte, sprach ihn die Strafkammer frei und betonte u. a., der Angeklagte vertrete mit Recht den Standpunkt, durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 und Artikel 123 der neuen Reichsverfassung sei jede Beschränkung öffentlicher Versammlungen aufgehoben; Räutenreden am Grabe seien durch die neuere Zeit in Berlin und seinen Vororten alltäglich geworden. Der § 9 des Reichsvereinsgesetzes von 1908 und seine Strafbestimmung in § 19 stehen der Veranstaltung von Leichenbegängnissen, selbst wenn es sich um ungewöhnliche handle, nicht mehr entgegen. Es bedürfe dazu weder der Genehmigung noch der Anzeige. Das Verbot von Räutenreden, das durch die Friedhofsordnung für den fraglichen Begräbnisplatz ausgesprochen sei, sei ohne Belang.

Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein und behauptete, daß vorliegend die Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes zur Anwendung gelangen müßten. Das Kammergericht wies die Revision der Staatsanwaltschaft jedoch zurück. In der Begründung heißt es u. a.: Nach Artikel 123 der Reichsverfassung haben alle Deutschen das Recht, sich friedlich und unbewaffnet ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis zu versammeln. Diese Versammlungsfreiheit beziehe sich nicht nur auf Versammlungen, die zum Zwecke der Erörterungen stattfinden, sondern auch auf die im § 7 des alten Reichsvereinsgesetzes aufgeführten besonderen Arten von Versammlungen, wie z. B. Leichenbegängnisse. —

Einfstein.

Als vor kurzem die Nachricht von dem Erfolg Einsteins in London durch die Presse ging, konnte es die „Magdeburger Tageszeitung“ nicht unterlassen, von einem „traugwürdigen Aufwachen“ Einsteins zu sprechen.

Diese Geschäftigkeit der deutschnationalen Hakenkreuzbrüder, die dem deutschen Volk im Ausland so kolossalen Schaden zugefügt haben, erhält jetzt einen empfindlichen Stoß durch eine Meldung des New Yorker Korrespondenten des nationalistischen „Social-Anzeigers“. Sie lautet:

Es ist keine Frage, daß der erste bedeutende Deutsche mehr als irgend jemand dazu beigetragen hat, dem Deutschland freundlichere Gefühle zu verschaffen — zur Verzeiwung der Gegner alles Deutschturns.

Einen empfindlichen Stoß konnten die Hakenkreuzler nicht erhalten. Ein Jude leistet mehr für das deutsche Volk wie sie. Gerechtigkeit wird ihrer gereimten Heberhebung endlich einmal ein Ende bereitet. Es wird Zeit, daß sie einsehen lernen, daß jeder nicht deutschnationalen Deutsche mehr für das deutsche Volk leistet als sie alle zusammen. —

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg. Im Laufe der verfloffenen Woche wurden weitere Bezirksversammlungen abgehalten. Auch sie wiesen durchweg guten Besuch auf und die von den Referenten behandelten Thematika fanden Anklang und wurden Ausgangspunkt anregender Ansprachen. Wir lassen die Berichte hier folgen:

Bezirk Süd. Am Freitag abend fand im „Bodensteiner“ eine Bezirksversammlung statt. Genosse Voigt hielt einen Vortrag über „Die gegenwärtige Wirtschaftslage“. In instruktiver Weise zeichnete er die Ursachen der allgemeinen ungeheuren Wirtschaftskrise. Die Krisenarbeitssituation, die wir gegenwärtig in allen Ländern der Welt haben — in einzelnen Ländern noch härter als bei uns —, die ungeheure Zerstörung und der Salutenstand beeinflussen die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz außerordentlich. Nachdem der Referent in großen Zügen die Lage der Weltwirtschaft skizziert hatte, ging er dann näher auf unsere eigene Volkswirtschaft und ihre Beziehungen zur Weltwirtschaft ein. Seine Ausführungen gingen dahin, daß wir als Sozialdemokraten alle Ursache hätten, diese Dinge verstehen zu lernen; nicht nur politisches, sondern insbesondere wirtschaftliches Wissen ist vonnöten, wenn wir die Verhältnisse meistern und zum Sozialismus kommen wollen. Den Betriebsräten sei hier eine Krisenaufgabe gestellt. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. Als Delegierter zum Bezirksstag wurde Genosse Vochampfer gewählt. Dieser gab dann noch nähere Aufschlüsse über das am 10. Juli stattfindende Parteifest, worin er durch den Genossen Hasmer, der verschiedene Einzelheiten bekanntgab, unterhält wurde. —

Bezirk Westhagen. In der Mitgliederversammlung am 18. Juni hielt Genosse D. Halle einen Vortrag über „Die politische Lage“. Ausgehend von der Reichstagswahl am 6. Juni 1920, die infolge der Zerspaltung der Arbeiterpartei eine Niederlage gebracht hat, schilderte er, wie mit der rein bürgerlichen Regierung ein Entfallen der Reaktion eingetreten ist. Er weist auf die Verschärfung der Forderungen der Sozialdemokratie hin, als deren Folge die Vorgänge in Bayern zu betrachten sind. Die Schuld an diesen Ereignissen tragen die Unabhängigen, die durch ihre Weigerung, in eine auf dem Boden der Demokratie und Republik stehende Regierung einzutreten, der Reaktion Gelegenheit gaben, ihr Haupt zu erheben. Die Forderungen der Entente sind schwer zu erfüllen. Neue Steuern werden uns nicht erspart bleiben, wir müssen aber verlangen, daß zunächst der Besitz bis zur Grenze des Möglichen herangezogen wird. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ist nicht geboten, weil diese Partei keine Gewähr bietet für die Erhaltung der Republik. Der Beifall bewies, daß die Versammlung den vortrefflichen Ausführungen zustimmte. Bei der Stellungnahme zum Bezirksstag wurde bedauert, daß der Bezirksvorstand den Entwurf zur Abänderung der Satzungen des Bezirksverbandes so spät zur Beratung vorlegt. Als Delegierte zum Bezirksstag wurde Genosse Schulze gewählt. Der Bezirksleiter berichtete über das am 10. Juli auf dem Roten Horn stattfindende Parteifest. Genosse B. Ventur gibt bekannt, daß am 18. August in Magdeburg ein Kreisturnfest stattfindet. Er weist auf die Schwierigkeit der Quartierbeschaffung hin und bat die Parteigenossen, denen es möglich ist, einen Turngenossen für eine Nacht beherbergen zu können, dies mitteilen zu wollen. Mit dem Entschluß, für recht zahlreichen und pünktlichen Besuch der Mitgliederversammlungen, sowie recht rege Beteiligung am dem Parteifest sorgen zu wollen, wurde die Versammlung geschlossen. —

Bezirk Salbte. In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung sprach am Freitag im Lokal des Genossen Humberg Genosse D. Winger über die politische Lage. In kurzen Zügen

streifte er die politische und wirtschaftliche Lage seit der Revolution. Die Wahlen brachten nicht die erhoffte und nötige Mehrheit, und die Sozialdemokratie war gezwungen, in eine Koalitionsregierung einzutreten, wenn sie noch die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen wollte. Die schweren Aufgaben, die die Partei lösen mußte und noch zu lösen hat, dürfen wir nicht von untern kleinem Standpunkt aus betrachten, sondern wir müssen immer das große Ganze dabei im Auge behalten. Die Annahme des Ultimatums über die Erfüllung des Friedensvertrags ließ die vorige Regierung wieder verschwinden. Um die dem Volke drohenden Gefahren abzuwenden, mußten wir wieder in die Regierung. Es muß nun danach hingearbeitet werden, die größten Lasten auf die besitzende Klasse abzuwälzen. Das Volk muß erst aus den Verhältnissen selbst lernen, daß nur die Sozialdemokratie seine Interessen vertritt. Eine lebhafteste Aussprache folgte diesem mit Beifall aufgenommenen Vortrag, dessen fröhliche Fragen der Redner zum Schluß richtungsteilte. Zum Parteifest am 10. Juli wurde eine rege Beteiligung angelagt. Alles Nähere dazu wird noch durch die Zeitung bekanntgegeben. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die in der nächsten Woche stattfindende Agitation für unser Parteifest hin. Er macht es den Genossen zur Pflicht, sich nach Kräften daran zu beteiligen. —

Sozialdemokratischer Verein

Vorstands-Sitzung fällt aus. Termin wird später bekanntgegeben.

Bezirk Neue Neustadt. Dienstag den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Funktionär-Sitzung und Abrechnung der Bezirkskassierer bei Bruno Heß, Lübecker Straße 125.

Bezirk Buckau. Mittwoch den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Mitglieder-Versammlung in der „Thalia“. Kommunale Angelegenheiten. Referent Stadtverordneter Bernide.

Bezirk Wilhelmstadt. Mittwoch den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Mitglieder-Versammlung im „Wilhelmspark“. Kommunale Angelegenheiten. Referent Stadtverordneter Väder.

Buckau. Elternversammlung am Dienstag den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der „Thalia“.

Alte Neustadt. Elternversammlung am Mittwoch den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der „Krone“.

Bezirk Lemsdorf. Am Freitag, 17. Juni, sprach Genosse Lehrer Rötlicher in einer gut besuchten Versammlung über „Sitten- und Morallehre“. Der Schule und den Eltern fällt die Aufgabe zu auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. An Stelle des konfessionellen Religionsunterrichts ist ein zeitgemäßer weltlicher zu setzen. Es muß eine für die Gemeinschaft arbeitende Menschheit herangebildet werden. Die Republik hat uns gestellte Rechte gegeben, diesen gestiegenen Rechten aber müssen auch gestiegene Pflichten folgen. Die Vorbereitungen gesetzlicher Pflichten sind ständige Verantwortlichkeiten, die an welchen Platz sie auch immer gestellt werden, für die Gemeinschaft das Beste vollbringen. Um den Grundstein für das neue Schulgebäude zu legen, müssen die Eltern ihre schulpflichtigen Kinder von dem konfessionellen Religionsunterricht abmelden und zum Unterricht über Lebenskunde und Religionsgeschichte anmelden. Die Ummeldung geschieht kostenlos. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde Genosse Behnke erwählt. Ueber das Parteifest am 10. Juli berichtete der Vorsitzende und forderte alle Genossen auf, schon jetzt mit der Vorbereitung zu beginnen. In einigen Anfragen, die Bedenken gegen den neuen Schulunterricht zum Ausdruck brachten, gab der Referent Auskunft. Mit dem Hinweis, für unsere stärkste Waffe die „Volksstimme“, im kommenden Monat zu agitieren, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung. —

Ein Vorschlag an unsere Elternbeiräte. Man schreibt uns: In den Sitzungen und Versammlungen der Elternbeiräte und der Elternschaft, welche sich mit der Einführung des Unterrichts in Lebenskunde für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder befassen, sind durchsichtlich nur unsere Parteigenossen anwesend. Die gegnerischen Elternbeiräte, ihre Wähler und Wählerinnen fehlen; sie können daher über diese so wichtige Frage keine richtige Darstellung erhalten. Ich empfehle daher, daß unsere Genossen nicht nur den Elternbeiräten, den gegnerischen Elternbeiräten an ihren Schulen, vor allem deren Vorsitzenden die Nr. 9 des „Bonn“ mit dem Artikel „Religionsunterricht oder Unterricht in Lebenskunde“ (Volksstimme) Nr. 139 vom Freitag den 17. Juni) anwenden. Ein Mann „am Bau“, unser Genosse Lehrer Rötlicher, gibt mit dem Artikel eine übersichtliche, leicht faßliche Darstellung des geplanten Unterrichts in Lebenskunde, die trotz aller Kürze das reiche Material auch dem Laien mit lebendiger Anschauung vermittelt. Die Kenntnisnahme dieses Artikels dürfte bei gegnerischen Elternbeiräten, Vätern und Müttern die Veranlassung sein, daß sie sich mit der Frage der so schwierigen und ihnen widerstrebenden Materie überhaupt erst mal befassen, sie in ihren Sitzungen, im Familienkreise usw. Erörterung stellen. Damit erfolgt dann das Werk des Interesses, die Indifferenz verschwindet, und das ist schon viel wert. — Also bitte den Artikel den weitesten Kreisen der Eltern zugänglich zu machen. R. P.

Die Arbeiterpresse.

Wer ist's, der im wogenden Geistersturm Uns liefert die Waffen, die kämpfen?
Wer ist's, der im Ringen der gährenden Zeit Die Bahn bricht den neuen Gedanken?
Wer schleudert die Misse mit aller Gewalt Gerad auf die Knechtschaft in jeder Gestalt?
Das sind die Blätter, die unbezagt Sich stellen in Schlachtenreih,
Zu jähren das arme, getretene Volk,
Das ist die Presse, die freie.

Die freie Presse, sie kämpft und sacht Für unsre erhabne Lehre,
Sie trägt in die Dürten der Wahrheit Licht Und sammelt der Schaffenden Heere,
Sie irretet und wird ohne Unterlaß Und rufen der Gegner fanatischem Haß.
Drum kämpfe auch du, mein schaffend Volk,
Für deine Presse, die freie,
Die steht für dich und dein heiliges Recht: Gestritten in vorderster Reihe.

Elternversammlungen finden in Buckau am Dienstag den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der „Thalia“, in Alte Neustadt am Mittwoch den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der „Krone“ statt. Lehrer Rötlicher spricht über Sitten- und Religionsunterricht. Wir erjuchen die Eltern, restlos an der Versammlung teilzunehmen.

Die Schweigepflicht des Betriebsrats. Ueber die Schweigepflicht des Betriebsrats hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat einen bemerkenswerten Schiedspruch gefällt. Der Betriebsrat wie sein Vorsitzender ist verpflichtet, die Mitteilungen, die ihnen von der Geschäftsleitung vertraulich gemacht werden, so lange geheimzuhaltend, bis die Zeit abgelaufen ist, die der Geschäftsführer für die öffentliche Behandlung der Angelegenheiten bestimmt. In einem andern Bescheide des Reichswirtschaftsrats wird die Zahl der Ersatzmitglieder, die bei Betriebsratswahlen zu wählen sind, für unbeschränkt erklärt. Bei einer Zahl von sechs Betriebsratsmitgliedern gelten nicht nur die sechs folgenden Bewerber einer Vorschlagsliste als Ersatzleute. Es können auch die andern Bewerber der Vorschlagsliste in die frei werdenden Stellen ausgefallener Betriebsratsmitglieder einrücken. —

Reisen nach Oberhessen. Wie uns mitgeteilt wird, betreibt die Reichseisenbahnverwaltung den Personenverkehr auf den Strecken des oberhessischen Aufstansgebietes zurzeit nicht. Fahrkarten, die von Stationen des Aufstansgebietes ausgegeben werden, haben auf den Strecken des unbesetzten Oberhessens und auf den übrigen deutschen Reichsbahnstrecken keine Gültigkeit. Die Reichseisenbahnverwaltung haftet auch nicht für leibliche Schäden an den Reisenden oder für Verlust, Minderung oder Beschädigung des Reisegepäcks, soweit die Reisenden die von den Aufständischen betriebenen Züge benutzen. Nach den letzten Meldungen sind im Bezirk der Eisenbahndirektion Kattowitz folgende von den Aufständischen nicht besetzten Strecken für den Personenverkehr frei: Dels-Kreuzburg-Rolzenberg-Ramslau-Zellwona-Doplin-Kreuzburg-Fellowa-Oppeln-Kreuzburg-Lautenbera-Kreuzburg-Kohau-Oppeln-Kreuzchow-Oppeln-Gr.-Stein-Doplin-Goroln-Weinitz-Goroln-Neustadt-Oppeln-Mitte-Nißer-Deutsch-Rasselwitz-Grobichau-Matibor-Oberberg-Deutsch-Rasselwitz-Kolke-Nosel-Bauerwitz-Troppan-Grobichau-Jägerndorf-Gr.-Peterwitz-Katticher-Matibor-Kranowitz-Troppan. —

Eine Falschmünzergarbe ausgehoben. Schon wieder wurde hier von der Kriminalpolizei eine Falschmünzergarbe ausgehoben. Der Photograph Otto Dunkel, Berliner Straße 16/17, der Schneider Walter Ballmann, Breiter Weg 89/90, der Tischer Richard Trippier, Dreienbergstraße 14, der Handelsmann Karl Böllner, Glaubeckstraße 2, und der Buchdrucker Max Kabausk, fanden sich gemeinsam in der hiesigen Druckerei des Lehreren, Braunschweigstraße 10, zusammen und beteiligten sich jeder nach seinem Können an der Anfertigung von Fälschungsmarktscheinen. Die Verbreitung besorgte hauptsächlich der wohnungslose Bergmann Wilhelm Schrader. Alle Beteiligten wurden festgenommen. Die benutzte Presse, Platten und eine Anzahl fertiger Fälschungsmarktscheine wurden bei den Durchsuchungen vorgefunden und beschlagnahmt. —

Dreißig Personen ertrunken. In der Zeit vom 27. Mai bis 10. Juni sind in Magdeburg 23 Personen ertrunken. Die meisten waren Rutschschwimmer, die sich zu weit ins Wasser wagten.

Leichenlandung. Die Leiche einer unbekanntes männlichen Person im Alter von etwa 30 Jahren ist am 19. Juni an der Elbe oberhalb Preiser gelandet. Sie hat rotblonde Haare und ist mit roter Badehose bekleidet. Die Leiche befindet sich zur Inaugenscheinnahme zur Feststellung der Persönlichkeit in der Leichenhalle des Bestfriedhofs. Sachdienliche Angaben sind der Kriminalpolizei, Zimmer 58, zu machen. —

Gestohlen wurden: aus einem Hofe in der Rogauer Straße teilweise beschädigte Ziegenlämme und Schafelle mit und ohne Wolle; aus Wohnungen in der Bernierstraße eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand, auf der Innenseite des Deckels „August Zippel“ gezeichnet; in der Lübecker Straße ein schwarzer Gehrock und ein blauer Jodetanzg. eine schwarze Hose, eine silberne Herren-Kemontouruhr mit Goldrand und Sprunzdedel und eine goldene Kleinlöhndige Uhrfette; An der Warthe Betten und Bettwäsche; aus einem Schaufenster in der Wolfenbütler Straße weiße Bett- und Damenleibwäsche und 20 Meter weißer Leinwandstoff. —

Festgenommen wurden der Uhrmacher Kurt Raune von hier, der am 15. d. M. bei einem Einbruchdiebstahl in der Schönebecker Straße auf frischer Tat ergriffen wurde; der Arbeiter Ernst L. von hier wegen auswärts begangenen Fahrraddiebstahls.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Verein Kinderchor. Mittwoch den 22. Juni, abends 8 Uhr, Arbeits-Sitzung im Magistrats-Konferenzzimmer (altes Rathaus).
Arbeiter-Jugendband Magdeburg.
Altstadt Süd u. Nord, Friedrichstadt-Berder: Heute Montag 7 Uhr Spiele auf dem Anger. — **Westhagen:** Heute Montag 6 Uhr auf dem Schlagsplatz Schlagspielen.

Theater, Konzerte, Vorträge u.

Ankündigungen.
Städtische Theater. Stadttheater: Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. Juni: Die Kaiserin. — Donnerstag den 23. bis Sonntag den 26. Juni: Operettenrevue Intognito. — Victoria-Operette: Dienstag: Der Schlagbaum. — Mittwoch: Der Schwarzhäutler. — Donnerstag: Der Schlagbaum. — Freitag: Der Schwarzhäutler. — Sonnabend: Der Schlagbaum. — Sonntag: Zum ersten Male: Tal des Lebens. —

Bereine und Versammlungen.

Kleingärtner.
Die Arbeitsgemeinschaft der Magdeburger Schrebergartenvereine hielt ihre Monatsversammlung im „Arnsdorf“ ab. Der Bericht vom Kleingärtnerstag in Berlin, auf welchem die Gründung eines Reichsverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands beschlossen worden ist, wurde entgegengekommen und der Beitritt beschlossen. Steinweg vom Zentralverband Berlin referierte über die Notwendigkeit eines Einheitsverbandes und wies nach, daß das heute bestehende Geßek über die Kleingärtner-Landpacht-Ordnung zum größten Teile den bereits bestehenden Organisationen zu verdanken ist. Nun heißt es aber nicht ausruhen auf den Lorbeeren, sondern weiter arbeiten und ausfüllend wirken, damit das Geßek zum Schutze der Kleingärtner nicht nur erhalten bleibt, sondern noch weiter ausgebaut wird. Weiter wurde beschlossen, zum 23. Juli einen Bezirksstag nach Magdeburg einzuberufen, auf welchem die Gründung eines Bezirksverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg erfolgen soll. Zur Erledigung der Vorarbeiten wurde eine eigleinige Kommission gewählt. Rühmlichenswert wäre es, wenn die einzelnen Vereine schon jetzt in ihren Versammlungen Bezug auf den Bezirksstag nehmen und dort über die Frage eines Anschlusses und Beschaffung des Bezirksstags Stellung nehmen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß auch der Arbeitsgemeinschaft nicht angegliederte Vereine Delegierte entsenden können. Näheres erfahren Vereinsvorstände durch den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft. —

Provinz und Umgegend.

Die Frauenkonferenz.

Auf die Zusammenkunft der Parteigenossinnen des Bezirks Magdeburg-Anhalt wird nochmals besonders aufmerksam gemacht. Sie findet

am Sonntag den 26. Juli, vormittags pünktlich um 10 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Rathhauses in Magdeburg statt. Es ist vorläufig folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Vortrag der Reichstagsabgeordneten Genossin Marie Zuchacz (Berlin) über „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frau“.
2. Bericht des Bezirkssekretärs Genossen R. Voigt (Magdeburg) über den Stand der Frauenbewegung im Bezirk Magdeburg-Anhalt.
3. Aussprache.

Die zunehmende Bedeutung und Anteilnahme der Frau der arbeitenden Klasse am öffentlichen Leben und die einheitliche Durchführung der unsern Genossinnen erwachsenden Aufgaben erfordern dringend eine gemeinsame Besprechung. Deshalb wird eine zahlreiche Beteiligung unserer Genossinnen aus Stadt und Land erwartet. Es gilt alle Fragen zu klären, vor die unsere Frauen gestellt werden. Der Bezirksvorstand der Partei ist auf der Konferenz vertreten, um die Wünsche der Frauen kennenzulernen und gemeinsam mit ihnen die Richtlinien für die Arbeit der Zukunft festzulegen.

Die Kosten der Beteiligung gehen zu Lasten der Ortsvereine oder der Teilnehmer. Sofortige Mitteilung der Adressen der zu erwartenden Besucher ist erwünscht.

Mit Parteigruß
Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Neue Theaterstraße 2

Parteinachrichten.

Burg. Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag abend 8 Uhr Sitzung im „Grand Salon“.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Zur Kreisstagsitzung.

Die sozialdemokratischen Kreisstagsabgeordneten für Wolmirstedt werden ersucht, sich am Donnerstag den 23. Juni, morgens 8 Uhr, im Lokal von Schneider in Wolmirstedt zu einer kurzen Vorbesprechung einzufinden.

Kreis Jerichow 1 und 2.
Burg, 20. Juni. (Zu der Ortsausführung) wurde nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten nochmal Stellung zum bevorstehenden Gewerkschaftsfest genommen. Fast alle Gewerkschaften haben sich für die Abhaltung dieses Festes ausgesprochen und sich bereit erklärt, im Selbstzuge von 50 Pfg. für jedes Mitglied aus den Lokalkassen zu bezahlen. Eine achtgliedrige Kommission wurde mit der Ausführung der Vorarbeiten betraut; ihr wurden verschiedene Wünsche und Anregungen mit auf den Weg gegeben. So ist es denn beschlossene Sache, wieder ein Gewerkschaftsfest zu veranstalten, und zwar am 17. Juli in Form eines Volkstheaters auf dem Sporplatz in der Kolonie. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterjugend Burg soll an diesem Tage zeigen, daß sie frei von allem Parteibedenken einmütig zusammensteht. Deshalb darf bei dieser Veranstaltung keine Arbeiterin und kein Arbeiter fehlen. Das Fest muß eine maximale Kundgebung der Arbeiterkraft werden. Von erfolgreichen Lohnbewegungen konnten in der Sitzung die Eisenbahner Arbeiter und die Zimmerer und die Metallarbeiter berichtet. Wenn auch zum Teil erst unter Anrufung des Schlichtungsausschusses und der übrigen in Frage kommenden Zünfte, so gelang doch jedesmal die Durchsetzung der Forderungen. Zu einer Nachprüfung scheint es nur bei der Firma August Zimmermann kommen zu sollen, wo die Arbeiter bei Einführung der neuen Zulage sofort auf 36 Stunden die Arbeit herabgesetzt wurde. Die Metallarbeiter gingen nicht auf die von dem Unternehmer gelegten Schritten (volle Beschäftigung bei geringerer Zulage), sondern verlangten die Erfüllung der gesetzlichen Forderung. Es wurde beschlossen, zur Schlichtung der Gewerkschaftsleiter Konferenzen abzuhalten und für diese Referenzen zu gewinnen. Eine Umfrage bei den Delegierten

über die Höhe der ihnen von ihrer Gewerkschaft für die Ortsausführungen gezahlten Entschädigungen ergab als geringste Entschädigung 3 Mark, als höchste 5 Mark. Es wurde den Gewerkschaften anempfohlen, eine den Leistungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Sitzungsgelder vorzunehmen und demgemäß auch beschloffen, für Kommissions- und Vorstandsitzungen 5 Mark als Entschädigung zu zahlen. Eine lebhaft ausgesprochene Forderung war die vor kurzem erlöbte Bierpreiserhöhung; es kam zum Ausdruck, daß von einer Unterstützung der Wirte, die mehr als 50 Pfg. für ein Bechmel nehmen, abzusehen sei. Einigkeit der Konsumenten und Gastwirte wird den übertriebenen Forderungen der Brauereien Einhalt gebieten. Um eine Neuorganisation der Gewerkschaftsbibliothek vorzunehmen zu können, müssen alle ausgetretenen Bücher sofort zurückgegeben werden. Zur Sprache gebracht wurde noch die zweifelhafte Beschaffenheit der Milch in einzelnen Verkaufsstellen. Es wurde beschloffen, eine Eingabe an den Magistrat zu richten, um eine stärkere polizeiliche Kontrolle des Milchverkaufs zu erreichen.

Woltersdorf 1, 20. Juni. (Eine öffentliche Versammlung) die das Verständnis für die Arbeiter-Jugendbewegung in den Kreisen der älteren Parteigenossen fördern sollte, wurde vom Sozialdemokratischen Verein in voriger Woche veranstaltet. Sie war bezaubernd schön und nur mäßig besucht. An Stelle der nicht erschienenen Genossen Schumacher (Burg) sprach Jugendgenosse Specht über die Arbeiter-Jugendbewegung. Er wünschte, daß die älteren Genossen der Arbeiter-Jugendbewegung mehr Beachtung schenken und der Jugend mehr als bisher zur Seite stehen mögen. Daß der Jugendgenosse das Verhalten verschiedener Eltern mit Recht kritisierte, weil diese ihre Kinder von der Teilnahme an den Veranstaltungen des Arbeiter-Jugendbundes abhalten und damit der Jugendbewegung entgegenarbeiten, paßte manchem Anwesenden nicht in den Kram. Es war beschämend, wie ältere Arbeiter dagegen riefen, sie wollen vom Arbeiter-Jugendbund nichts wissen. Sie haben nach immer nicht die Bedeutung der Arbeiter-Jugendbewegung erkannt. Der Vorsitzende des Parteivereins, Genosse Specht, wies nochmals ausdrücklich auf die Ziele der Arbeiterjugend hin. Hoffentlich werden auch noch alle die zur Einsicht kommen, die in Verkennung der heutigen Verhältnisse ihre Kinder noch von der Arbeiterjugend fernhalten wollen und damit zeigen, daß ihnen noch jedes Verständnis für die neue Zeit fehlt.

Kreis Kalbe.

Schönebeck, 20. Juni. (Sonntagsfeier.) Die Arbeiterjugend beging unter harter Beteiligung, auch seitens der älteren Genossen, am Sonnabend abend auf dem Hummelberg die Sommer-Sonnwendfeier. Ein stattlicher Zug Arbeiterjugend der Bezirke Schönebeck, Fehleleben, Frohje und Groß-Salze wanderte vom „Stadtpark“ ab. Mit Fackeln ausgerüstet begann dann die Jugend mit den Spielen und Reigen im Freien. Ein Jugendgenosse hielt eine Ansprache über die Bedeutung der Sommer-Sonnwendfeier; dann flammete das Johannisfeuer auf. Nachdem die Flammen erloschen waren, wurden Spiele, Reigen, Rezitationen und andre Aufführungen im Saale fortgesetzt. Der Jugendleiter Genosse Schneider wies in einer kernigen Ansprache auf die Bedeutung der Arbeiter-Jugendbewegung hin und erläuterte ihre Aufgaben. Am frühen Morgen wurde dann gemeinschaftlich der Heimweg angetreten. — Wucherhandel mit Kartoffeln. Auf dem Wochenmarkt am Sonnabend wurde mit einem größern Posten Kartoffeln ein ganz unerschwinglicher Wucher getrieben. Ein Handelsmann von außerhalb wollte den ganzen Posten Kartoffeln mit einmal, den Zentner zu 42 Mark, abgeben. Der Handelsmann J. in der Schornsteinfegerstraße verweigerte die so notwendigen Lebensmittel dadurch, daß er sofort für den Zentner 54 Mark zahlte und die Kartoffeln mit 68 Mark weiterverkaufte, bei pfundweiser Abgabe aber 70 Pfg. verlangte. Dieser Preis mußte von den Frauen gezahlt werden, weil sie keine Kartoffeln mehr zu Hause hatten und auch keine andern anstreichen konnten. So wird die Not der armen Familien durch schamlosen Wucher ausgenutzt, um Geld zu verdienen. Die Marktkontrolle scheint von diesem Wucher- und Wucherhandel nichts bemerkt zu haben. Sollte die im Handumdrehen notwendigen Lebensmittel unzulänglich werden und die Not des Volkes dazu benutzen sich zu bereichern, gehören vor das Wuchergericht.

Kreis Quedlinburg-Wehrleben.

Wehrleben, 20. Juni. (Zwei gefährliche Einbrecher.) Die Arbeiter Matuzjovial und Luther sind verhaftet worden. Bis jetzt sind ihnen nicht weniger als 40 Einbrüche nachgewiesen worden. Eine Hausdurchsuchung bei den beiden förderte ein großes Warenlager zutage, aus dem sich die Diebstahler nun ihr Eigentum wieder zusammenzufinden. Da die beiden Diebe in Wehrleben schon alles abgegrast hatten, berieten sie kürzlich ihr „Arbeitsfeld“ nach Verburg, wo sie auf frischer Tat ertappt wurden. — Der Autobetrieb von Wehrleben nach Stange-ruhe und Sippra durch die Kraftverkehrs-gesellschaft m. b. H. Magdeburg wird wesentlich eingeschränkt werden. Die Benutzung der Fahrgelegenheit ist, wohl infolge der ständig gestiegenen Fahrpreise, immer geringer geworden. Es wird in Zukunft nur täglich zweimal ein Wagen von Wehrleben bis Altherode fahren. — Der Verein für Gesundheitspflege hat ein Lust- und Sommerbad eröffnet, das viel Zuspruch findet.

Kreis Wehrleben-Halberstadt-Wehrleben.

Wehrleben, 20. Juni. (Wütiger Mieterstreit.) Als am Freitag abend gegen 11 Uhr die Großhändler Scheels und Brüdner von einer Geschäftsreise zurückkamen, wurden sie auf dem Hofe vom Lomonosowfabrikanten Förster angehalten und gehalten mit ihm in Streitigkeiten. Dabei ließ sich För-

ster zu Tätlichkeiten hinreißen und verletzte dem Viehhändler Brüdner vier Messerstiche in Kopf und Oberarm, so daß der Betroffene blutüberströmt liegenblieb. Der andere Viehhändler konnte die Tat nicht verhindern, da er von der Frau mit dem Sohne des Messerhelden mit einem Beile bedroht wurde.

Altmarkt.

Salzwedel, 20. Juni. (Vom Bullen aufgeschrien und geistert) wurde ein Junge im Dorfe Hohennobberin in der Altmarkt, der das Tier mit einer Jacke gereizt hatte. Das wild gemachte Tier nahm den Jungen an die Hörner und schenkte ihm die Höhe. Ein Horn war durch den Mund ins Gehirn gedrungen und hatte Kiefer, Gaumen und Gehirnrückenmark.

Kleine Chronik.

Schließung der Bordelle in Gomburg. In einer Bürger-schaftssitzung wurde ein demokratischer Antrag angenommen, wonach in Zukunft keine Einschreibung mehr in die Prostituiertenlisten erfolgen darf, und weiter die Bordelle sämtlich geschlossen werden sollen. Zur Beratung über den allmählichen gänzlichen Abbau der Bordelle wurde ein besonderer Ausschuss eingesetzt.

Eifersuchtsdrama in Felsing. In Felsing ereignete sich eine dramatische Tragödie. Die Marchesa Durazzo, die Gattin des italienischen Gesandten, schoß aus Eifersucht die beiden aus Italien gelommene Gattin des Gesandtschaftsattachés Pitti nieder. Gleichzeitig beging der Gesandtschaftsattaché, Hauptmann Pitti, Selbstmord. Die Marchesa Durazzo ist die Tochter des früheren österreichischen Gesandten in Japan Ambro. Es heißt, daß sie zu dem Hauptmann in Beziehungen stand. Der Gesandte Durazzo wurde sofort heimberufen.

Ein schöner Mann gesucht. In London machte man sich vor kurzem auf die Suche nach einem — schönen Manne! Bedingungen: aus London gebürtig, von würdiger und mannhafter Erscheinung und gewandt zu Pferde. Ihm sollte der Posten eines „Marchalls der City“ übertragen werden. Nur 24 Kandidaten meldeten sich; an schönen Männern scheint also London keinen Ueberfluß zu haben! Der neue Marchall der City wird seine Funktionen in einer Prachtuniform mit goldenen Beschlägen, mit Federhut und Schwert, hoch zu Ross ausüben. Der Tätigste kommt rein repräsentative Bedeutung zu. Es steht aber eine Tradition von Jahrhunderten in ihr; wurde das Amt doch erstmals im Jahre 1570 geschaffen. Heute ist der Citymarchall so etwas Ähnliches wie Zeremonienmeister des Lordmayors. Sein Gehalt ist übrigens nicht besonders hoch: Lehnungszulage einberechnet, 600 Pfund Sterling im Jahre. Für einen wirklich schönen Mann dürften sich also im Kino bessere Ausblicke bieten als im Londoner Kommunaldienst!

Ein bewegener Verbrecherstreich. Ein verurteilter Verbrecher, der auf dem Wege zum Gefängnis seine Wächter beraubt und fesselt, ist jedenfalls eine seltene Erscheinung. Einen solchen Kühnen Streich hat ein bekannter Neuhäuser Hofräuber Aug Gardner ausgeführt. Er war wegen einer ganzen Anzahl Diebstahlverbrechen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden und sollte nach dem Staatsgefängnis in Portland (Oregon) übergeführt werden. Die beiden Wächter, die ihm beigegeben waren, sahen mit ihm in dem fahrenden Zug, als der Wächter plötzlich einen Revolver hervorzog, der in seinem Hemd eingeklinket gewesen war und die Wächter mit dem Munde händelnd hochschickte. Wohl über übel mußten die beiden Ueberräuber diesem Unsinne Folge leisten. Dann unterfuhrte er in aller Gemütsruhe ihre Taschen, nahm ihnen 200 Dollar ab und fesselte sie mit den Handschellen, die sie für ihn mitführten, aneinander. Nach Ausführung dieser Tat sprang er aus dem Zuge.

Bereins-Kalender.

Woh nur gegen Voranbestellung, die Seite 50 Pfg. aufgenommen.
Gewerkschaftskarteil Magdeburg. Sitzung der Parteidelegierten am Mittwoch den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Schlichter, Knochenhauerstraße 2.
Mieterverein Gabel. Dienstag den 21. Juni, abends 8 Uhr. Vertreterversammlung bei Stadtmusik.
Klein-Öttersleben. Arbeiter-Gesangverein Gleichheit. Jeden Dienstag abend 8 1/2 Uhr Liedergesänge bei Schöbe.

Wasserstände.

	± bedeutet über, — unter Null		
Darobits	19. 6. — 0,82	0,03	Gabel
Brandels	— 0,00	0,20	Brandenburg
Melmit	— 0,32	0,08	Oberpegel
Leitmeritz	— 0,62	0,12	Brandenburg
Auffig	20. 6. —	—	Unterpegel
Dresden	— 1,50	0,11	Kathenow
Sargau	— 0,37	0,10	Oberpegel
Wittenberg	— 1,36	0,10	Unterpegel
Roslau	— 0,68	0,10	Kathenow
Alten	19. 6. —	—	Oberpegel
Barby	20. 6. + 0,79	0,03	Brandenburg
Magdeburg	— 0,65	0,02	Oberpegel
Sangerhude	— 1,21	0,03	Brandenburg
Wittenberge	— 0,83	0,07	Unterpegel
Lenzen	19. 6. + 0,81	0,05	Kathenow
Demitz	—	—	Oberpegel
Sargau	18. 6. —	—	Kathenow
Polzow	19. 6. —	—	Unterpegel
Sohnstorf	20. 6. + 0,25	0,01	Sandberg

Wettervorhersage.

Dienstag den 21. Juni: Noch unbeständig, kühl, vereinzelt Regenschauer

Das Eisen im Feuer.

Manan von Marie Siebig.

(66. Fortsetzung)

Sachverhalt zwischen

Johanne Genge und Siechen hatten sich nun doch geschieden. Bei Tante, wo sie eine Tage lang trauern, empfanden sie, daß die beiden Herr Genge keine Angehörige hatte, sie sollten nur „Zugehörige“.

Wie einem Andenck des Ungehorsams sprach Siechen durch den Gang der Dinge voran. Eine Frau von Heimeisepflichter schenkte über sie her: ach, was ist das für ein Leben! Sie hat's auch solche Gatten am Wasser! Ach, Siechen, mach sie hier ein bisschen was, was sie hier haben, so schön! Sie ein bißchen Stimmung spielen sie im wackeligen hellen Kleide vor der dunkeln Zimmerwand her.

Die Tante sah langlos. Er hatte es nicht haben wollen, er wollte sie hier nicht — das hielt sie für ein bißchen was, was sie hier haben, so schön! Sie ein bißchen Stimmung spielen sie im wackeligen hellen Kleide vor der dunkeln Zimmerwand her.

„War der Herr Genge zu Ende. Da war die Angehörige. Genge wie Gengel sie schenken hatte, ganz geschieden, mit einem Kleide. Siechen, die ich nicht — der alte Herr Genge hatte sich nun auf seinen Weg gemacht — abgeben ein bißchen wackeligen hellen Kleide vor der dunkeln Zimmerwand her.“

Johanne Genge sprach still. Es wurde eine Stimme, die sie sprach, wenn sie fertig sprach, und die doch auch sprachlos sprach. Sie sprach — ein bißchen was, was sie hier haben, so schön! Sie ein bißchen Stimmung spielen sie im wackeligen hellen Kleide vor der dunkeln Zimmerwand her.

„Ja, wenn die Tante mich gesehen wäre — damals — die hat mich immer beschützt!“ Sie lachte, aber dann wurde sie doch ein wenig ernsthaft.

„Woh, sondern hand lautes und harte — hörte. Hörte ganz nahe, die reben hinterm Planzenzahn, seine Stimme. Seine freundliche Stimme! Von andern Stimmen hörte sie nichts, nur eine Stimme — und eine Frauenstimme! Eine Frauenstimme, noch jugendlich hell. Und jetzt sprach ein Kind. Er tänzelte mit dem Kind, o so freundlich, so glücklich! — „Ich hab' nen Jungen, nen kleinen Jungen!“ — — er hatte es ja selber gesagt.“

Es klangte Johanne vor dem Jungen. Alles drehte sich um ihr im Kreise herum. Die griff mit beiden Händen um sich; es war wie das flügelstärkigen eines getriebenen Wagens. Gählen haben sie ihre Arme und schenken sich wieder: was sollte sie tun? Siechen gab sie: „Der Kaiser ist mich hier!“

Gähnen sprach und grünte kriegten. Sie war's gewiß nicht, daß sein Mädchen kam — aus seinem Wackelort war er kriegten kriegten, immer wieder sagte er nach ihrer Hand und blickte sie verstocken — oder was würde der Kaiser zu dem Jungen sagen? „Woh's Se ich mich in tiefen setzen?“ sagte er ganz schneidend. Die Kaiserin sprach nach immer und immer auf einen Pfad. Er sprach, machte die hohe Augen! „Er ist glücklich mich zu Hause“ klangte Gottlich.

„Rief zu Hause?“ Sie sprach, machte sie die Luft mit ihren Fingern: „Da ist er ja!“

Genge war drüber kriegten. Die alten Schülgen waren noch ganz unerschrocken. Die Frau lachte schneidend. Auch Rinne war eigentlich kriegten gelassen, man ein bißchen aus der Fern gesehen; sie schwandte ja nun auch das Schicksal. Aber sie konnte noch immer kriegten.

„Genge sprach, machte sie die Luft mit ihren Fingern: „Da ist er ja!“

gewesen, warum sollte er sich nun mit ihm nicht wieder freundschaftlich stellen?

Der alte Schülge war ehrlich erfreut, Genge wiederzusehen. Sie schüttelte sich die Hände. Auch Frau Lene reichte ihm ihre Rechte; ihre Rinne kam ja nun nicht mehr in Frage, und er war ja auch jetzt nicht nur ein Schülgergele wie früher.

Sie begeizten ihm alle einen gewissen Respekt. Groß und breit sah er da, hinterüber gelehnt, mit seinem Stuhle leise kippend, in einem sonntäglichen Schifferanzug von blauem Tuch in weiten Hosen und mit einer Kapitänsmütze.

„Hein, was?“ sagte Lehmann und lachte zufrieden; er fühlte sich als geschickter Vermittler. Ihm war's ganz recht, daß die andern noch auf dem Festplatz waren, besonders, daß Heinemann noch nicht da war, so konnten die Zweie, die sich doch mal so geliebt hatten, ganz ungehindert Wiedersehen feiern.

Genge hatte das Kind auf den Schoß genommen; er langte wollte sich, wäre gern wieder drüber gewesen, aber er fand nicht den rechten Moment, aufzustehen. Er sprach des Knaben weiches Wort.

Mit einem schüchternen Lächeln schmiegte sich der Kleine an ihn, und als ihn der fremde Mann nun freundlich nach seinen Spielachen fragte, gab er zutraulich Antwort.

„Er ist ein juter Junge.“ sagte der Großvater und patzte dem Knaben das weiche Gesicht. „Was die andern sind, die sind viel reußerlicher. Mit wunder, der er sich ans Wasser runter vertraut hat. Er schlägt am meisten nach Rinnen — die war doch immer lange.“

Genge sah in des Kindes Gesicht: ein niedlicher Junge — ja, und er hatte auch etwas von Rinne. Von der Rinne, die früher gewesen war! Mit einem zerkümmerten Lächeln glättete er die dunkeln Gähnen. Genge — —! Das hatte ihn früher so sehr entzückt.

„Ja, wenn die Tante mich gesehen wäre — damals — die hat mich immer beschützt!“ Sie lachte, aber dann wurde sie doch ein wenig ernsthaft. (Fortsetzung folgt.)

